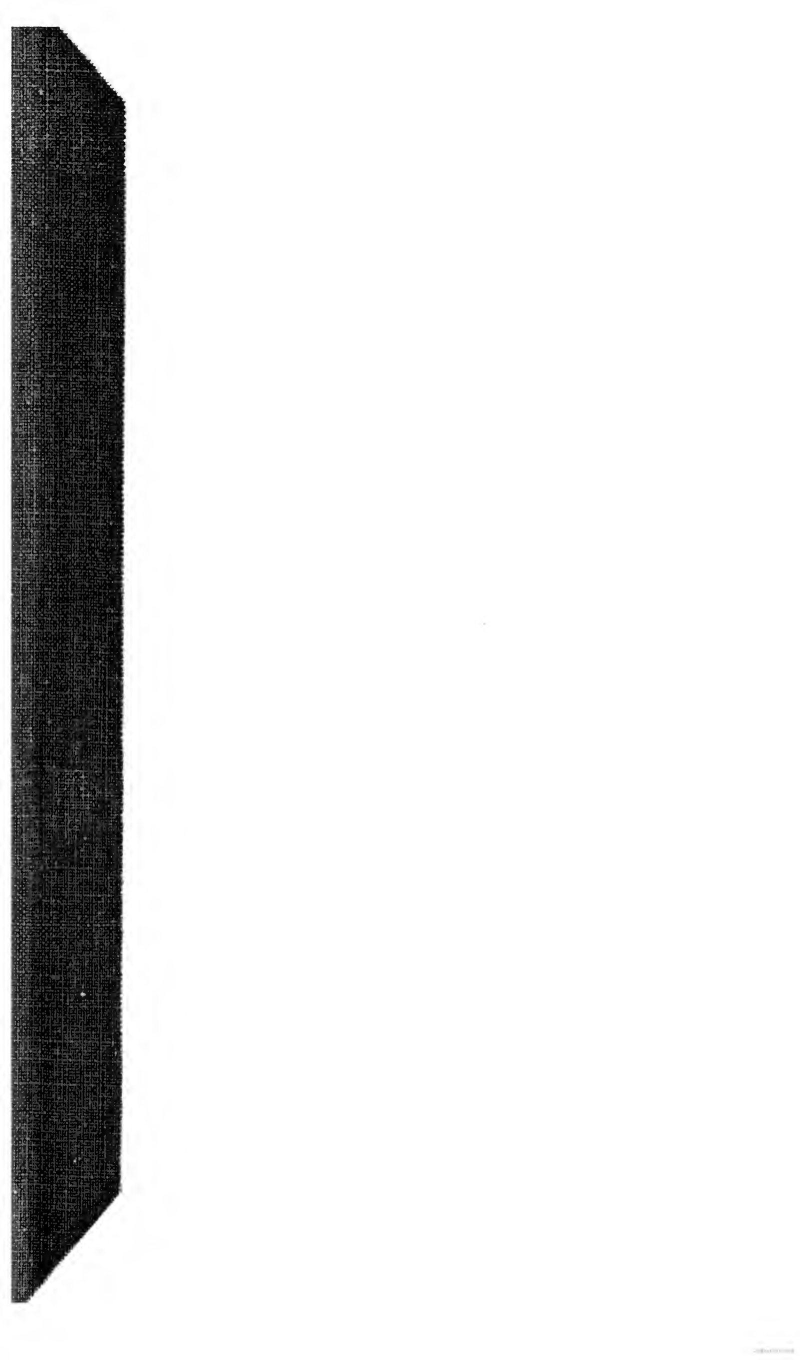
TAGEBUCH-BLÄTTER AUS DEM JAHRE 1866


STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES



Tagebuch-Blätter

aus dem Jahre

1866.

Erlebtes und Durchdachtes

von

einem deutschen Staatsmanne.

Darmstadt & Leipzig.
Eduard Zernin.
1867.



Tagebuch-Blätter

aus dem Jahre

1866.

Erlebtes und Durchdachtes

von

einem deutschen Staatsmanne.

Darmstadt & Leipzig.
Eduard Zernin.
1867.

Vorwort.

Der Verfasser der folgenden Blätter verlebte 37 Jahre im Staatsdienst und nahm seinen Abschied, um den Rest seines Lebens in einem südlicheren Klima zubringen zu können, welches seiner Konstitution wohlthätiger war. Während mannichfach interessanter Episoden seiner wechselvollen dienstlichen Carriere hatte er die Gewohnheit angenommen und treulich bewahrt, Erlebtes und Erfahrenes schriftlich niederzulegen, und seine Ansichten und Gedanken über das was ihn bewegte daran zu reihen, um so gewissermaßen eine Kontrole seiner Empfindungen und Anschauungen aufzustellen. Dieser Gewohnheit ist er bis kurz vor seinem Tode treu geblieben. Von Frankfurt a. M., wo er seit fünf Jahren ein zwar zurückgezogenes aber geistig angeregtes Leben geführt hatte, reiste er Ende August ab, um sich nach Meran zu begeben. Eine Erkältung, die er nicht beachtete, gestaltete sich auf

dieser Reise schnell zu einem typhösen Nervenfieber, welches ihn in einer kleinen Stadt des südlichen Bayerns am 5. September d. J. dahinraffte.

Der Unterzeichnete erhielt durch letztwillige Verfügung von seinem langjährigen und vertrauten Freunde als Andenken die Hefte, in denen die Eindrücke aus den Jahren 1848, 49, 51, 59, 63 und 66 enthalten sind. Die Erinnerung an manche denkwürdige Epoche unserer Geschichte, an manche gemeinsam mit dem Verstorbenen durchlebte schwierige und spannende Momente ist dadurch lebhaft in ihm wachgerufen worden. Er hatte zu wiederholten Malen aufrichtig zu bedauern, daß der Verstorbene es stets vermieden, Auszüge aus seinen Niederschriften zu veröffentlichen. Noch heute würde Manches aus früheren Jahren von Wichtigkeit und Interesse sein.

Der verflossene Sommer hat eine so gründliche Umwälzung unserer deutschen Zustände geschehen sehen, daß es als eine Pflicht erscheint, vorhandene Materialien zu einer Geschichte dieser Zeit nicht zu unterdrücken. Diese Erwägung veranlaßte den Unterzeichneten, aus dem unvollendet gebliebenen Hefte dieses Jahres, unter Beseitigung aller persönlichen Beziehungen, dasjenige herauszuheben, was seit April d. J. auf allgemeine und öffentliche Verhältnisse sich bezieht. Er ist nicht durchweg mit dem Verfasser einverstanden, glaubt jedoch, daß die Liebe zum deutschen Vaterlande, die sich zwischen den Zeilen lesen läßt, und das lebendige Gefühl des Rechts, welches aus jedem Worte spricht, dem Nachlasse seines Freundes einige Theilnahme erwecken werde.

Als Gewinn würde er es erachten, wenn Widerlegungen oder Berichtigungen dadurch hervorgerufen werden sollten.

Montreux, am Genfer See, October 1866.

Der Herausgeber.

Frankfurt a. M., 10. April.

Der Antrag auf Bundesreform, mit welchem Preußen in der gestrigen Sitzung plötzlich hervorgetreten, ist ein sehr geschickter Schachzug, dessen Wirkungen zwar nicht sofort in die Augen springen werden, in Zukunft aber sich als sehr folgenreich documentiren dürften. Ein Parlament, begründet auf dem Prinzipe der directen Wahlen und des allgemeinen Stimmenrechts, ist ein Zauberwort, dessen Einfluß auf die großen Massen ganz unberechenbar sein wird. Es liegt freilich eine tiefe Ironie darin, daß uns die langersehnte Volksvertretung am Bunde durch Bismarck verschafft werden soll! Daher auch die große Gleichgültigkeit, mit welcher dieser Schritt von Seiten der Gesandten von Oesterreich und der süddeutschen Höfe aufgenommen wird, wie ich dies gestern Abend im Klub zu meiner Verwunderung wahrnahm; die Herren glaubten, daß ein solcher Antrag von jener Seite ein Schlag in's Wasser sei. Darin irren sie sich ganz ungeheuer; ich bin mit den Ansichten und der Logik unserer Demokratie besser bekannt als sie, und weiß, daß man mit Begierde jedes Parlament annehmen wird, und wenn es von Beelzebub selbst dargereicht würde.

Sehr komisch soll nach L.'s Mittheilung Herrn von S.'s behaviour gewesen sein, als er den Reformantrag vorgetragen. Minutenlanges Räuspern, Hin- und Her-

schieben auf dem Sessel, Zupfen der Vatermörder und der Weste, kurz das vollständige Register aller derjenigen unwillkürlichen Bewegungen, die sich aufdrängen, sobald man sich zu einer Handlung genöthigt sieht, die man nur à son corps défendant vornimmt. Es ist auch allerdings tragikomisch, daß dieser Mund sich mit einem solchen Antrage verunreinigen mußte!

14. April.

Der preußische Reform-Antrag beschäftigt mich lebhafter, als ich dies Anfangs erwartetete, nachdem ich jetzt durch S.'s Vermittlung die ausführliche Motivirung desselben habe kennen lernen. So bin ich vollständig mit nachstehender Ausführung einverstanden: „Die Geschichte der mannigfachen in den letzten Jahrzehnten unternommenen Reformversuche hat erfahrungsmäßig gelehrt, daß weder die einseitigen Verhandlungen unter den Regierungen, noch die Debatten und Beschlüsse einer gewählten Versammlung allein im Stande waren, eine Neugestaltung des nationalen Verfassungswerks zu schaffen. Wenn erstere immer bei dem Austausch eines endlosen Materials stehen geblieben sind, so geschah dies, weil es an der ausgleichenden und treibenden Kraft des nationalen Geistes bei diesen Verhandlungen fehlte, und die partikularistischen Gegensätze zu schroff und einseitig dabei festgehalten wurden. Ein solcher, zu höherer Einigung der Gegensätze führender Faktor ist nur in einer aus allen Theilen Deutschlands gewählten Versammlung zu finden. Wollten dagegen die Regierungen einer solchen Versammlung allein die Initiative bezüglich der Reconstruktion der Bundesverfassung überlassen, wie dies im Jahr 1848 geschah, so würden dieselben Gefahren der Ueberhebung und der Nichtachtung

des in deutscher Eigenthümlichkeit wirklich Begründeten wieder erwachen, und damit auch die Hoffnungen des deutschen Volkes einer neuen Täuschung entgegengeführt werden. Nur durch ein Zusammenwirken beider Faktoren kann daher das Ziel erreicht werden, daß auf dem Grunde und innerhalb des Rahmens des alten Bundes eine neue lebensfähige Schöpfung entstehe."

Es fehlt jedoch auch in dieser Antrags=Motivirung nicht an den Verdrehungen und Entstellungen thatsächlicher Verhältnisse, an denen das preußische Ministerium unter seinem gegenwärtigen Leiter so unerschöpflich reich ist. Dahin gehört u. a. folgende Behauptung: „Zunächst hat der Dänische Krieg gezeigt, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt für die Sicherstellung der nationalen Unabhängigkeit und für die Erfordernisse einer aktiven Politik, wie solche in großen politischen Kreisen jeden Augenblick hervortreten können, auch unter den günstigsten Verhältnissen nicht ausreichend ist. Denn selbst hier, wo die beiden deutschen Großmächte in voller Einigkeit der Nation vorangingen, hat es auf Grund der Bundesinstitutionen nicht gelingen wollen, Deutschland an einer aktiven, nationalen und erfolgreichen Politik Theil nehmen zu lassen."

Solche keck hingestellte Behauptungen verfehlen leider selten ihren Zweck auf eine Menge Leute, die sich mit solchen wichtigen Fragen nicht eingehend beschäftigen können, und mehr an der Oberfläche bleiben. Wer aber den Verhandlungen und Ereignissen aufmerksam gefolgt ist, der erinnert sich einer, heute von der preußischen Regierung anscheinend vergessenen, identischen Note, welche eben dieselbe Regierung in Gemeinschaft mit

Oesterreich am 4. December 1863 an die deutschen Regierungen erlassen. In derselben werden letztere, die das Bestreben hatten, eine nationale Politik zu verfolgen, ausdrücklich aufmerksam gemacht auf die dadurch hervorgerufenen Gefahren und auf die Nothwendigkeit, den Europäischen Interessen und Rücksichten Rechnung zu tragen! Diese identische Note hat vollständigen Erfolg gehabt; die Betheiligung des Bundes ward beseitigt; — aus der Allianz entfalteten sich die reizenden Blüthen: der Wiener Frieden und das Kronsyndikats-Gutachten; — und heute muß sich der gute alte Bund sagen lassen, man habe ihn damals nicht vorwärts bringen können!

15. April.

Der Reform-Antrag giebt doch den Leuten Manches zu denken. Was mich betrifft, so erblicke ich darin wieder eine Bestätigung der Wahrnehmung, daß in unsern Zeiten keine Regierung auf einen Erfolg rechnen kann, wenn sie nicht die öffentliche Meinung auf ihrer Seite hat. Wie wäre es anders zu erklären, daß das Ministerium Bismarck, das der eigenen Landesvertretung ins Gesicht schlägt, jetzt zum Reichswahlgesetz von 1849 zurückgreift? Der Augenblick rückt immer näher, an welchem aus der Schleswig-Holsteinischen Allianz der schönste Hader sich gestalten wird. Und dazu gebraucht man das Volk — gebraucht man die öffentliche Meinung! Und diese wird sich ganz auf preußische Seite stellen, trotz alledem und alledem, — mundus vult decipi.

17. April.

In Berlin hat eine Versammlung des Nationalvereins in Bezug auf das Bundes-Reform-Projekt die Resolution

angenommen: daß ein solches nur unter einer Staatsregierung durchgeführt werden könne, welche das verfassungsmäßige Recht des eignen Landes gelten lasse. Die Hauptredner waren gegen das Projekt, weil es von Bismarck ausgehe. Man macht stets wieder die Erfahrung, und glaubt es dennoch nicht, wie unbegreiflich wenig staatsmännisches Zeug in allen diesen Rednern steckt. Sie meinen es aufrichtig mit dem Volke, sie bleiben ihren Principien treu, — aber Keiner hat eine Ahnung davon, daß es Momente giebt, wo man die vom Feinde gehandhabte Waffe diesem durch eine geschickte Wendung entreißen, und sie gegen ihn kehren muß. Einer der Redner sagte z. B.: wenn es sich ereignen sollte, daß dieser Antrag Fleisch und Blut gewönne, so würden die Herrn, die diese Geister gerufen, sie nicht bannen können. Nun ja! das ist es ja gerade, worauf es dieser Partei ankommen muß! Der angeführte Grund könnte ein Mitglied des Herrenhauses bestimmen, gegen den Antrag aufzutreten; aber die liberale Partei kann daraus doch nur die Veranlassung entnehmen, das Projekt mit aller Macht zu unterstützen.

Mir ist ganz klar, daß die Leute durch den unerwarteten Schachzug noch verdutzt sind. Nach und nach wird sich eine andere Auffassung geltend machen, und wir werden sehen, daß man mit Begeisterung auf das Reformprojekt eingehen wird, — — so unausführbar es unter den bestehenden Verhältnissen ist und bleiben wird!

18. April.

Die Nachricht von dem Attentat auf den Kaiser von Rußland ruft mir sonderbarer Weise zum erstenmal seit

langer Zeit die Erinnerung wach an jene Tage, die ich in Rom mit ihm verlebte. Ich bin ihm nie wieder begegnet; aus dem schönen jungen Mann ist der stattliche Selbstherrscher aller Reußen geworden, und mit Theilnahme bin ich seinen Bestrebungen gefolgt, die Reformation Rußlands im liberalen Sinn mit Energie durchzuführen. Der an ihm versuchte Frevel wird ihn von seinem edlen Streben nicht abspenstig machen; denn sicher steht das Attentat vereinzelt da als das Werk eines Wahnsinnigen, der möglicherweise einmal etwas von Herostratus gehört hat.

21. April.

In einer Sitzung am heutigen Morgen ist der preußische Reform-Antrag an einen besondern Ausschuß verwiesen und beschlossen worden, daß dieser aus neun Mitgliedern zu bestehen habe, welche in der nächsten Sitzung gewählt werden sollen.

Keine beneidenswerthe Aufgabe für diese Mitglieder; wo sollen sie anfangen, und wo aufhören? Man behauptet, daß preußischer Seits vor allen Dingen darauf gedrungen werde, es möge ein Termin zur Versammlung des Parlaments anberaumt werden. Daraus ließe sich schließen, daß es unmöglich ernst gemeint sein kann mit diesem Antrag; denn wie läßt sich erwarten, daß man im preußischen Kabinete gutmüthig glauben sollte, daß die Majorität der Bundesversammlung auf solche Extravaganzen eingehen werde!

25. April.

Die Oesterreichische Note vom 18. d. M. und die Preußische Note vom 21. d. M. stehen in den Zeitungen und berechtigen zu der Hoffnung, daß vor der Hand das

Zerwürfniß beider Mächte aplanirt worden. In der erstern ist der Vorschlag enthalten, durch einen am 25. d. M. (also heute) zu erlassenden Befehl die Truppen-Dislocationen in Böhmen rückgängig zu machen, wenn von Seiten Preußens am folgenden Tage eine königliche Ordre den frühern regelmäßigen Friedensstand derjenigen Heerestheile wiederherstellen werde, welche seit dem 27. März einen erhöheten Stand angenommen haben. — In der zweiten wird dieser Vorschlag angenommen, und versprochen, die Ausführung dieser Anordnung in demselben Maße und in denselben Zeiträumen bewirken zu lassen, in welchen die entsprechende Verminderung der Kriegsbereitschaft der Oesterreichischen Armee thatsächlich vor sich gehen werde.

27. April.

Ein Brief von A. in Berlin theilt mir folgende zwei interessante novissima mit:

1) daß es mit der Idee, die Wahlen zum Parlament nach dem Reichswahlgesetz von 1849 vornehmen zu lassen, ernstlich gemeint sei, — daß man aber unter keiner Bedingung zugeben werde, daß die Abgeordneten Diäten erhalten.

2) daß ein Offensiv- und Defensiv-Bündniß mit Italien vollständig abgeschlossen vorliege, und zwar habe die Unterzeichnung desselben zwischen dem 5. und 10. April stattgefunden.

In Betreff dieses letzten Punktes bin ich neugierig, wie er von der deutschen liberalen Presse seiner Zeit aufgenommen und beleuchtet werden wird. Daß der ursprüngliche Hader über Schleswig-Holstein längst aufgegangen ist in den bedeutungsvollen Kampf über das

Principat in Deutschland, ist längst den blödesten Augen klar, — und seit der preußischen Circular-Note vom 24. März dürfte darüber auch nicht der kleinste Zweifel mehr obwalten. Aber das Bündniß eines deutschen Bundesfürsten mit einer ausländischen Macht gegen einen deutschen Bundesfürsten, zu dem ausgesprochenen Zweck, letzteren zu gleicher Zeit von zwei Seiten anzugreifen — — das will mir doch noch nicht recht in den Sinn! Welcher Unterschied läge denn vor, wenn Preußen, statt mit Italien, ein solches Bündniß mit Frankreich abgeschlossen hätte! Kann denn von Frankreich nur Verderben, von Italien nur Heil für unser Deutschland entstehen? Mich dünkt, eines ist eben so verrätherisch wie das andere.

Der Gedanke, den Parlaments-Deputirten die Diäten zu versagen, ist so charakteristisch, daß er mich höchlichst ergötzt hat! Es ist sehr ehrenvoll für jene Deputirten, auf diese Weise den Mitgliedern des Herrnhauses gleichgestellt zu werden. Ob man auch die Bildung von Vereinen untersagen wird, welche den Deputirten die Diäten garantiren?

3. Mai.

Die Friedenshoffnungen, welche sich auf den Notenwechsel zwischen Wien und Berlin vom 18. und 21. April stützten, sind wieder wankend geworden. In einer Note vom 28. April spricht Preußen sein Befremden darüber aus, daß Oesterreich die Zusage der Desarmirung nur auf Böhmen und die angrenzenden Länder beziehe, dagegen in Italien die Rüstungen fortsetze. So lange letzteres geschehe, werde Preußen nicht abrüsten.

Von Sachsen fühlt sich Preußen ebenfalls bedroht, und hat deshalb eine Sommation wegen der dortigen Rüstungen nach Dresden ergehen lassen.

Die Gründe zum Kriege werden wohlfeil wie Brombeeren!

8. Mai.

Gegen Herrn von Bismarck ist ein Mordversuch verübt worden. Der Mörder heißt Blind. Der Minister ist unverletzt geblieben, obgleich ihn mehrere Kugeln getroffen haben sollen. Daß er ein dickes Fell hat, ist schon mehrfach von ihm dargethan worden.

9. Mai.

Wiederum eine interessante Neuigkeit von A. in Berlin. Der König ist durch die Oesterreichische Note vom 18. April in seiner Ansicht, daß er von jener Seite zum Kriege provocirt werde, schwankend geworden, und hat beschlossen, dem Antrage auf gemeinschaftliche Abrüstung allen Ernstes beizustimmen, — gegen Bismarcks lebhafteste Opposition. Das Resultat war die preußische Note vom 21. April, worin die jenseitigen Vorschläge angenommen werden. Zu gleicher Zeit hat dann aber Bismarck an das Italienische Ministerium die Mittheilung gelangen lassen, er könne jetzt seinerseits keinen Vorwand mehr auffinden, um Oesterreich zum Kriege zu nöthigen; man möge daher jetzt in Italien anfangen und möglichsten Lärm schlagen. Die italienischen Journale wurden demgemäß entsprechend instruirt; aus der seitherigen ruhigen, beobachtenden Haltung ward plötzlich ein gewaltiger Kriegslärm, — lauter Worte, hinter denen nichts steckte. In Wien aber ließ man sich durch dies Geschrei düpiren;

— der Kaiser, der nie aus Ueberlegung, sondern stets nur nach Laune und momentanen Eindrücken handelt, befahl die schleunigsten, großartigsten Rüstungen in Italien; — mit überstürzender Eile wurden große Militärmassen nach Venetien dirigirt, — — und siehe da: schon am 28. April konnte Freund Bismarck dem Wiener Kabinet seine Ueberraschung aussprechen, daß trotz der Zusage vom 18. die Rüstungen fortdauern, und die Bemerkung beifügen, daß die in Italien versammelten Truppen mittelst der Eisenbahnen sehr rasch nach Böhmen und Schlesien befördert werden könnten.

Die Wahrheit dieser Geschichtserzählung wird mir ausdrücklich verbürgt.

12. Mai.

Die Rede des Kaisers Napoleon in Auxerre, worin er seinen Abscheu gegen die Verträge von 1815 ausspricht, macht ungeheures Aufsehen. Ich begreife nicht recht, weßhalb? Ich finde darin nur eine wieder einmal aufgewärmte theatralische Aufführung, wie solche den Franzosen von Zeit zu Zeit nothwendig ist, um ihren Magen warm zu halten; die Verträge von 1815 sind einmal unpopulär, also fort mit ihnen! Das hindert nicht und hat nicht gehindert, mit großer Bestimmtheit bei andern Gelegenheiten zu behaupten, daß sie seit langer Zeit überhaupt gar nicht mehr existiren. Jedenfalls sind sie bereits oft ignorirt worden, — und damit mögen die Herrn Franzosen sich trösten.

14. Mai.

Vor einigen Tagen hat endlich die erste Sitzung des Neuner-Ausschusses über den preußischen Reform-

Antrag stattgefunden, nachdem mehrere früher anberaumte Sitzungen wegen Abwesenheit des preußischen Gesandten ausfallen mußten. Ueber die Verhandlungen wird tiefes Stillschweigen beobachtet, doch habe ich aus guter Quelle erfahren, daß die preußischen Vorlagen sich ungefähr folgendermaßen zusammenfassen lassen:

1) Von Schaffung einer Centralgewalt oder Exekutive könne nicht die Rede sein.
2) Periodisch zu berufende Volksvertretung als neues Organ des Bundes.
3) Genau vorgeschriebene Competenz dieses Parlaments, dessen Entscheidung namentlich in allen Fällen einzutreten habe, in denen nach der Bundesakte Einhelligkeit der Stimmen im Plenum erforderlich sei.

Das giebt bereits ausreichenden Stoff zum Nachdenken. Vor allen Dingen suche ich nach der Lösung der Frage: wie ist ein Parlament denkbar, wenn ihm keine Exekutive gegenüber steht? — und wie ist es denkbar, daß die Bundesversammlung, mit ihrer überlebten, schwerfälligen Gestaltung und Geschäftsordnung mit dem frischen Leben einer freigewählten Volksvertretung sich zurechtfinden werde? Welch' unnatürliche Verkuppelung! Damit ist's nichts. Entweder muß der Bundestag fallen, — oder das Parlament wird nie und nimmermehr in's Leben treten.

15. Mai.

Erst heute ist mir eine Note des Herrn von der Pfordten zu Gesicht gekommen, welche vom 31. März datirt ist, und in welcher er den Bayerischen Gesandten in Wien und Berlin Anhaltspünkte zum Zweck einer Vermittlung zwischen Preußen und Oesterreich mittheilt.

Dieß Bestreben ist aller Ehren werth, wird aber keinen Erfolg haben, weil der einzige Weg, der auch heute noch für den deutschen Bund von praktischem Nutzen sein könnte, darin verlassen worden ist. Pfordten sagt nämlich: „Das Bundesrecht verbietet jeden Krieg zwischen Bundesgliedern. Die Bestimmungen des Art. 11 der Bundesacte sind in dieser Hinsicht zu klar, um einen Zweifel zuzulassen, und schließen ebenso wie die Natur und der Zweck des Bundes die Möglichkeit aus, daß für Oesterreich und Preußen etwa um ihrer Stellung als europäische Mächte willen eine Ausnahme hievon zulässig wäre." Fehlgeschossen, mein Herr Minister! Oesterreich und Preußen haben durch ihre besondere Allianz (die ein Unding war, wenn sie sich als Genossen des deutschen Bundes betrachteten) zur Evidenz bewiesen, daß sie sich bei der Schleswig-Holsteinischen Aktion als außerhalb des Bundes stehende Großmächte betrachteten. Als solche haben sie den Krieg gegen Dänemark geführt, den Frieden von Wien geschlossen, den Gasteiner Vertrag zu Stande gebracht. Die Reihe der Consequenzen aus dieser ihrer Allianz ist aber hiermit noch nicht geschlossen: es leidet keinen Zweifel mehr, daß der schönste, blutigste Hader daraus hervorgehen wird. Warum soll denn nun dabei auf einmal der Bund in Mitleidenschaft gezogen werden, während man sich früher um ihn nicht bekümmerte? Die einfache Logik verlangt nicht mehr und nicht minder, als daß jene Consequenzen in derselben Weise zu einem definitiven Schluß gebracht werden, in welcher ihr Ausgangspunkt entstanden ist: ohne Betheiligung des Bundes und ohne Anwendung der Bundesakte auf die außerhalb des Bundes

entstandenen Verwirrungen, — also: Neutralität des Bundes!

Diese meine Behauptung findet ihren Beleg in der Geschichte der Entstehung der Bundesakte. Als der Art. 11 (damals noch Art. 10) debattirt wurde, verlangten Bayern, Holstein, die rheinischen Fürsten und Andere, daß am Schlusse dieses Artikels ein Zusatz angefügt werde, worin ausdrücklich die Neutralität des Bundes ausgesprochen sei für den Fall, wenn Bundesglieder, welche Staaten außer dem Bunde besitzen, mit Andern oder unter sich in Krieg gerathen. Solche Bundesglieder waren: Oesterreich, Preußen, Niederlande, Dänemark. Dieser Zusatz ward aber schließlich nicht beliebt, weil er sich von selbst verstehe!

Solches ist zu lesen in Klübers Akten des Wiener Congresses. Sollten dieselben dem Herrn von der Pfordten nicht bekannt sein?

Was sich damals von selbst verstand, scheint mir auch heute noch ebenso selbstverständlich (und sehr verständig) zu sein.

Diese allein richtige Politik des Bundes muß jedoch vollständig loyal durchgeführt werden, d. h. man muß Oesterreich und Preußen ihre Wege gehen lassen, und mit strengster Ausschließung aller Sonderpolitik sofort einen Bundesbeschluß veranlassen, welcher feststellt, daß durch die partikulären Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen das Interesse des Bundes nicht berührt werde, daß dieser die strengste Neutralität beobachten werde, daß zur Aufrechterhaltung derselben die vier Bundes-Armeecorps mobilisirt werden müßten, und daß von Seiten des Bundes derjenige als Feind betrachtet

werden würde, der die neutralen Grenzen des Bundes überschreite.

Leider ist an dem guten Willen, eine solche aufrichtige Neutralität zu beobachten, nicht recht mehr zu glauben. Der acute Preußenhaß, an welchem Herr von Beust leidet, hat diesen schon viel zu weit in das Oesterreichische Lager geschoben. Und daß Herr von der Pfordten eine solche Neutralität nicht für möglich hält, beweist mir die oben erwähnte Note. Daneben bezweifle ich durchaus, daß von Preußen diese Neutralität respectirt werden würde. Das lese ich wenigstens zwischen den Zeilen der Circular-Note vom 24. März, über die ich mein Herz schon am 31. März ausgeschüttet.

19. Mai.

Eine eigenthümliche Episode in dieser an außergewöhnlichen Ereignissen überreichen Zeit bildet die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien. Daß sie auf Betreiben des preußischen Ministeriums stattgefunden, scheint mir ziemlich klar. Oesterreich ist häufig genug darauf hingewiesen worden, daß es seinen Schwerpunkt nach Osten hin verlegen müsse. Wenn nun jetzt Preußen dort Einfluß und Geltung zu erlangen sucht, so wird sie diese zu Gunsten Oesterreichs nur wieder aufgeben, wenn dafür andere Vortheile dargeboten werden können. Und sollte es nicht sehr nahe liegen, daß man Oesterreich für die Aufgabe Venetiens durch die Donaufürstenthümer zu entschädigen suchen werde?

20. Mai.

Gestern ist in der Bundesversammlung von den acht in Bamberg vereinigt gewesenen Regierungen der Antrag

gestellt worden, alle diejenigen Bundesglieder, welche Rüstungen vorgenommen haben, um eine Erklärung zu ersuchen, ob und unter welchen Voraussetzungen sie bereit seien, an einem zu vereinbarenden Tage gleichzeitig auf den Friedensstand zurückzukehren.

Ich gebe zu, daß die Antragsteller, Bayern, Württemberg, Baden ꝛc. aufrichtig die Erhaltung des Friedens wünschen. Aber der Antrag wird dennoch zu Nichts führen, — 1) weil Freund Bismarck à tout prix den Krieg will; — 2) weil keine der obengenannten Regierungen sich entschließen würde, nöthigenfalls gegen Oesterreich mit Preußen in den Krieg zu ziehen. Bei richtig verstandener und aufrichtig gewollter bewaffneter Neutralität wäre dieß doch eine eventuelle Möglichkeit.

21. Mai.

Der gestrige Pfingst-Sonntag war sehr bewegt. Vormittags tagte eine Versammlung des deutschen Abgeordnetentags im Saalbau, — und Nachmittags fand eine Volksversammlung im Circus statt. Die Beschlüsse beider laufen diametral einander entgegen: erstere wollen Neutralität, — letztere verlangen Krieg.

Die Versammlung im Saalbau ward durch vier oder fünf starke Kanonenschläge, die in den Gängen losgebrannt wurden, sehr in Verwirrung gebracht. Man bringt dieß Kunststückchen auf Rechnung derjenigen Partei, welche die Nachmittags-Versammlung berufen hatte.

Beide Versammlungen waren eine Satyre auf das Pfingstfest — denn von dem Geiste der auf die Versammelten herabgestiegen war nichts zu bemerken.

25. Mai.

Der Antrag der sogenannten Bamberger Regierungen auf allgemeine Rückführung der Truppen auf den Friedenszustand ist in einer gestern stattgehabten Sitzung einstimmig angenommen. Herr von Bismarck hat bei dieser Gelegenheit wieder sehr geschickt operirt, wie ihm denn überhaupt die Anerkennung nicht zu versagen ist, daß er die Rolle der von allen Seiten bedrohten, angegriffenen Regierung mit Meisterschaft durchführt. In der gestern abgegebenen Erklärung wird es natürlich gefunden, daß Oesterreich und Sachsen bei der Antragstellung sich nicht betheiligt haben, da sie zuerst gerüstet und dadurch den jetzigen Zustand herbeigeführt. Aber auch Württemberg hätte sich aus demselben Grunde der Betheiligung enthalten sollen; dadurch würde der Antrag den der Sachlage entsprechenden Charakter einer Interpellation an diejenigen drei Regierungen erhalten haben, welche zuerst Vorbereitungen zur Selbsthülfe getroffen und dadurch die rein defensiven Rüstungen Preußens hervorgerufen haben.

Diese jungfräuliche Entrüstung über die drohenden Vergewaltigungen hat mich höchlichst ergötzt! Welchen andern Eindruck kann sie auf Jeden machen, der so genau wie ich weiß, daß diese Beschuldigung Württembergs ein Pro memoria ist an die Adresse der Königin Olga, wegen ihrer Reise nach Petersburg und ihrer intendirten Rückreise über Wien!

27. Mai.

Seit einigen Tagen ist stark die Rede von einer Europäischen Conferenz, welche in Paris stattfinden soll, — ein neuer Titel für die beliebte Intervention in deutschen Angelegenheiten. Wenn sie uns jedoch einen

tauglichen Frieden zu Stande bringt, soll sie belobt sein. Gegenstand der Verhandlungen würden sein: die Frage der Elbherzogthümer, die italienische Frage und die Bundesreform.

Der Großherzog von Oldenburg ist noch immer von der Idee bestrickt, er könne seine angeblichen Prätensionen auf Schleswig-Holstein durchsetzen. Er hat jetzt beim Bunde einen Antrag auf Einleitung eines Austrägal-Verfahrens gegen Oesterreich wegen Holstein eingebracht. Mit Preußen will er es augenscheinlich nicht verderben, denn von Schleswig und dessen gegenwärtigem Besitzer ist nicht die Rede. Dabei ist aber übersehen worden, daß der Gasteiner Vertrag zwar die Verwaltung der beiden Herzogthümer zwischen Oesterreich und Preußen theilt, die aus der Abtretung im Wiener Frieden hergeleiteten Eigenthums-Ansprüche aber gemeinschaftlich bleiben, — daß daher eine solche Klage gegen Oesterreich nothwendig auch eine gegen Preußen involvirt.

30. Mai.

In der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung ist die offizielle Einladung des Bundes zur Pariser Conferenz erfolgt. Die geschäftliche Behandlung dieser Angelegenheit ist an einen besonders ad hoc gewählten Ausschuß von 7 Mitgliedern abgegeben worden. Wie ich höre, beabsichtigt man Herrn von der Pfordten als Bevollmächtigten zu wählen.

Ein anscheinend officiöser Artikel im „Pays“ giebt Mancherlei zu bedenken, da er auf die Art und Weise schließen läßt, wie man bei der Conferenz vorzuschreiten gedenkt. Folgende Grundzüge werden dort aufgestellt:

Austausch Venetiens gegen ein gleichmäßiges Territorium am adriatischen Meere; Annexion der Elbherzogthümer an Preußen gegen Herausgabe des nördlichen Theils von Schleswig an Dänemark; in Folge der Bundesreform Herstellung eines Rheinischen Länder-Complexes zu einem besondern Deutschen Staate. Die beiden ersten Vorschläge erscheinen als ausführbar; der letztere aber ist so phantastisch, daß er nur im Gehirn eines Franzosen entspringen konnte, der mit dem magischen Zuge, der jetzt durch Deutschland geht, völlig unbekannt ist. In demselben Augenblick, wo man Alles daran setzt, um keinen neuen selbstständigen Staat in Schleswig-Holstein entstehen zu sehen, sollte man einen solchen am Rhein gründen? und Preußen vom Rhein entfernen? Unsinn!

2. Juni.

Wenn mir je in der Welt etwas den Eindruck des „Irrlichterlirens" gemacht hat, so ist es die dermalige Politik des Wiener Cabinets. Da ist nun gestern von ihm eine Erklärung in der Bundes-Versammlung abgegeben worden, welche die Schleswig-Holsteinische Frage mit dem Preußisch-Italienischen Bündniß in Verbindung bringt, die Bemühungen Oesterreichs für einen bundesmäßigen Abschluß der Herzogthümerfrage im Einverständniß mit Preußen als unerreichbar ansieht, und daher alles Weitere den Beschließungen des Bundes anheimgibt, welche Oesterreich befolgen werde. Der kaiserliche Statthalter in Holstein ist bereits bevollmächtigt, die holsteinischen Stände einzuberufen, damit die Wünsche und Rechtsanschauungen des Landes geltend gemacht werden könnten.

Welche Logik! Wenn man die Behandlung der Herzogthümerfrage wieder an den Bund zurückgiebt, so sollte man doch selbstverständlich auch der Beschließung des Bundes anheimgeben, ob etwa die Holsteinischen Stände jetzt einzuberufen seien. Keine Folgerung und Forderung kann einfacher und natürlicher sein.

Dieser Versuch, die Angelegenheit der Elbherzogthümer wieder in die Lage zu bringen, aus der sie nie hätten entfernt werden dürfen, kommt jetzt zu spät. Denn der Bund kann die Stellung nicht annehmen, in die er hineingedrängt werden soll. Was von Oesterreich seither in dieser Angelegenheit geschehen ist, geschah nur im egoistischen Interesse, und wesentlich zu dem Zweck, um vom Berliner Cabinet eine Compensation herauszupressen. Letzteres wollte aber die Höhe der geforderten Entschädigung (Grafschaft Glatz und Hohenzollern) nie zugestehen, während es auf die Idee der Compensation stets bereitwillig einging. Sollte man da nicht von selbst auf die Vermuthung kommen, daß auch diese neueste Maßregel nur als Pressionsmittel benutzt wird, um Preußen zur Nachgiebigkeit zu bewegen? Vor 6 Jahren wäre das gegangen, — aber heute scheint man in Wien noch immer nicht zu begreifen, daß man es mit einem Minister zu thun hat, der sich als Aufgabe seines Lebens gestellt: entweder Preußen zu vergrößern, oder auf dem Schlachtfelde zu sterben.

5. Juni.

Die Hoffnungen, welche man für Erhaltung des Friedens auf die Minister-Conferenz zu Paris gesetzt hat, sind zerstört, und zwar durch Oesterreichs Weigerung. Mich erinnert diese Maßregel lebhaft an das famose

Ultimatum vom Jahre 1859, welches damals den Anfang des Endes bezeichnete; wer weiß, welche Folgen die jetzige Entschließung haben wird! Täuscht mich nicht Alles, so geht dieser Schritt vom Grafen Moritz Esterhazy aus; wie ich mich seiner Person, seiner Anschauungen und seiner Art der Geschäftsführung von Rom her erinnere, sieht ihm dies ganz ähnlich. Sein Einfluß auf den Kaiser soll in den auswärtigen Angelegenheiten der maßgebende sein, Graf Mensdorff ist fast nur der Vollstrecker des kaiserlichen Willens. Diese Zustände bezeichnen, neben vielen andern, wohin es mit Oesterreich gekommen ist! Und von diesem Gouvernement, das bis in's Mark faul ist, erwarten die Mittelstaaten Hülfe und Rettung vor dem gährenden Jugendmuthe Preußens, welches jetzt zum erstenmale seit langer Zeit wieder zum Bewußtsein der eignen Kraft gekommen ist und das Gängelband abgestreift hat, welches die traditionelle Abhängigkeit von Oesterreich und die verwandtschaftliche Unterordnung unter Rußland ihm auferlegt hatte.

Welche Gründe Oesterreich dazu vermocht haben, in der jetzigen, immerhin prekären Situation auch noch den Kaiser Napoleon persönlich zu verstimmen, ist mir völlig unbegreiflich. Denn eine solche Konferenz, aus der sich später ein Kongreß entfalten konnte, war ja die Lieblingsidee des Kaisers.

7. Juni.

Der demnächstige Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen wird allerseits jetzt als so unzweifelhaft betrachtet, daß gestern die Bundesversammlung beschlossen hat, die in Mainz und Rastatt garnisonirenden

Preußischen und Oesterreichischen Regimenter von dort zu entfernen, und durch andere Bundeskontingente zu ersetzen; zugleich ward unter ausdrücklicher Beistimmung Oesterreichs und Preußens ausgesprochen, daß jene beiden Bundesfestungen von allen Bundesregierungen als neutrale Plätze zu betrachten seien, welche für den Fall eines gewaltsamen Konfliktes von keinem Theile angegriffen oder besetzt werden dürfen.

Dieser Beschluß erscheint mir sehr vernünftig. Die Idee geht von Preußen aus, welches jedoch nicht selbst damit hervortreten wollte, und deshalb die Bayerische Vermittlung in Anspruch nahm.

8. Juni.

Telegramme melden den Einmarsch der Preußen in Holstein. Die Oesterreichische Brigade ist bei Altona concentrirt. Herzog Friedrich von Augustenburg hat Kiel verlassen. Preußen beansprucht gemeinschaftliche Besetzung und Verwaltung der Herzogthümer, wie vor der Abschließung des Gasteiner Vertrags, da letzterer von Oesterreich gebrochen sei. Oesterreich behauptet, die Einberufung der Stände sei nur kraft des ihm durch den Gasteiner Vertrag zugestandenen Souveränetätsrechtes geschehen, und Preußen habe sich des Vertragsbruchs schuldig gemacht.

Ein schöneres Brouillamini ist gar nicht zu erfinden! Vertragsbruch auf jeder Seite, Festhalten am Vertrage auf jeder Seite, Unrecht auf jeder Seite, Recht auf jeder Seite, — jetzt also zu der ultima ratio regum!

11. Juni.

Mit Blitzesschnelle verbreitet sich durch die Stadt die Nachricht, daß in einer außerordentlichen Sitzung am

heutigen Morgen von Oesterreich der Antrag auf Mobilmachung sämmtlicher außerpreußischen Armeecorps des Bundesheers gestellt worden.

Ein Schritt von unberechenbarer Wichtigkeit! Aber nach meiner Ansicht eben so durchaus falsch, wie der neuliche Entschluß, die Holsteinischen Stände zu berufen. Und wenn Oesterreich für sich so handeln zu müssen glaubt, was geht dieser Streit den Bund an? Denn es soll sich der heutige Antrag wesentlich darauf begründen, daß Preußen Holstein besetzt und so die Gasteiner Konvention gebrochen habe. Was in aller Welt hat aber der Bund mit der Gasteiner Konvention zu schaffen? Nichts kann klarer sein, als daß durch die Unterstützung einer solchen Besitzstörungsklage auf Grund jener Konvention der Bund in einen vollständigen Widerspruch mit seiner seither eingehaltenen und rechtlich begründeten Politik treten würde.

12. Juni.

Ein interessantes Aktenstück liegt mir heute vor: eine preußische Circularnote vom 4. d. M., die das Stärkste ist, was vielleicht je im diplomatischen Style geschrieben worden. Sie hält an der Behauptung fest, daß man Preußischerseits Alles gethan habe, um den Krieg zu vermeiden; daß aber in Wien der Entschluß feststehe, gegen Preußen Krieg zu führen, theils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, theils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den Oesterreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen „ehrenvollen" Bankerott Hülfe zu verschaffen.

Für diese Art von Grobheit muß noch ein besonderer Name erfunden werden.

Der Oesterreichische Gesandte soll von Berlin abberufen sein. Die Oesterreichischen Truppen haben Holstein gänzlich geräumt.

Heute früh hat die hiesige Preußische Garnison die Stadt verlassen. Nachmittags folgte der Abzug der Oesterreichischen Garnison.

14. Juni.

Jacta est alea! Der Antrag auf Mobilmachung ist mit 9 Stimmen gegen 6 zum Beschluß erhoben, und Preußen hat in Folge dessen seinen Austritt aus dem Bunde erklärt! Dieser 14. Juni wird dereinst schwer wiegen in der Geschichte Deutschlands! Zu meinem Mißvergnügen mache ich die Bemerkung, daß mich dieses Ereigniß so lebhaft erregt, daß ich mich zur ruhigen Aufzeichnung meiner Gedanken unfähig fühle.

15. Juni.

Bis tief in die Nacht hatte ich gestern Abend eine Unterhaltung mit Herrn v. S. Der ausschließliche Inhalt war natürlich der gestrige Beschluß. Bei genauer Betrachtung ist derselbe jedoch ganz anders ausgefallen, als gestern verlautete. *Nicht der Oesterreichische Antrag ist angenommen*, sondern ein *Bayerisches Amendement*, welches unter *ausdrücklicher Desavouirung* der Oesterreichischen Motivirung den Beschluß beschränkt wissen will auf die Mobilmachung der 4 eigentlichen Bundesarmeecorps, und die Ernennung eines Oberbefehlshabers verwirft, indem *die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens* noch immer nicht

aufgegeben, dabei aber zugleich in den fortdauernden Rüstungen Oesterreichs und Preußens eine Verpflichtung der Bundesversammlung erkannt wird, ihrerseits Vorsichtsmaßregeln gegen etwaige Störungen des Bundesfriedens zu ergreifen. Dies ist nichts anderes, als Feststellung einer bewaffneten Neutralität.

Damit war es für diesmal zu spät; vor einigen Monaten und von den Mittelstaaten (nicht von Oesterreich) beantragt, hätte dieser Beschluß möglicherweise den Krieg zu einem Duell zwischen Preußen und Oesterreich machen können. Aber auch diese Vermuthung bleibt immer problematisch. Denn wie auf der einen Seite der Widerwille gegen die immer unverhüllter hervortretenden Gelüste und Pläne Bismarcks den Ehrgeiz der Herrn v. Beust und v. d. Pfordten stachelte, und sie des klaren, ruhigen Blicks beraubte, den der Staatsmann nie verlieren darf, — so war auf der andern Seite es längst beschlossene Sache, den Trumpf auszuspielen, und sich der beengenden Bande des Bundes zu entledigen, — namentlich seitdem man im Feldzuge gegen Dänemark sich von der vollkommenen Wirkung der Zündnadelgewehre überzeugt hatte.

Unter solchen Verhältnissen mochte denn ein Bundes-Beschluß gefaßt werden, wie er wollte, — er konnte keinen andern Erfolg haben.

So erzählt man sich hier ganz öffentlich, daß für den Fall der Ablehnung des Oesterreichischen Antrags eine andere Preußische Erklärung vorbereitet war, welche ebenfalls den Austritt verkündigte, natürlich mit etwas verschiedener Motivirung. Herr von S. soll sich sogar unter den ihm vorliegenden Papieren vergriffen und eine

Erklärung vorzulesen begonnen haben, die er dann rasch unterdrückte um die für den gegebenen Fall passendere hervorzuholen.

Das aber wird einer unparteiischen Geschichts-Kritik nicht entgehen: daß die Preußische Erklärung und Motivirung des Bundesbruchs auf den Bundesbeschluß vom gestrigen Tage durchaus nicht paßt, sondern nur auf den Oesterreichischen Antrag und dessen Motivirung. Der Bund hat aber diese Oesterreichische Auffassung von sich gewiesen, wenn auch erst in der zwölften Stunde, — ein früherer Anlaß war nicht gegeben.

Somit nehme ich Akt davon: daß die, jedem unbefangenen Auge schon längst ersichtliche Bemühung Preußens, die Bundesakte zu zerreißen, ihre officielle Bestätigung durch die gestrige Austritts-Erklärung erhält, welche vollständig ein referens sine relato ist.

16. Juni.

Die Konsequenzen des faktischen Bundesbruchs lassen nicht auf sich warten: Preußen ist in Kurhessen und Hannover einmarschirt und behandelt diese Länder wie feindliches Gebiet.

Jetzt ist mir auch die Beilage zu der Preußischen Erklärung vom 14. zu Gesicht gekommen: ein Programm des neuen Bundes mit Ausschluß Oesterreichs. Das Parlament wird darin stark betont, und eine Anzahl gemeinnütziger Einrichtungen werden ihm zugewiesen; des Pudels Kern bleibt aber die sämmtliche Militärgewalt Norddeutschlands in den Händen des Königs von Preußen. Das allein ist vollständig genügend, um binnen 6 Jahren die sämmtlichen Staaten zu borussificiren: Einführung

der Preußischen Militär-Gesetzgebung und des neu modificirten Landwehrsystems, Wegfall der Stellvertretung, Verschmelzung der Offizier-Corps, so daß der Hannoveraner nach Pommern oder Polen, der Kurhesse und Mecklenburger nach Sachsen oder Westphalen gelegt wird, und Preußische Offiziere die Gesinnung und das Blut in den neu verbündeten Staaten veredeln. ' Klug ausgesonnen, Pater Lamormain! Aber was bleibt uns übrig, wenn diese traurige Zerklüftung nicht noch immer größer werden soll!

Das Parlament scheint mir, nach dem, was das Programm darüber enthält, eine Art abhängiger Verwaltungsbehörde werden zu sollen, deren Kompetenz sich innerhalb scharf bezeichneter Grenzen bewegt. Was darüber hinausgeht, ist vom Uebel! Es ist vielleicht ganz gut, daß die Herren Volksvertreter nicht in die Lage versetzt werden, ihre Meinungen aussprechen zu dürfen; das könnte bei dem jetzt herrschenden Regime ihnen sehr theuer zu stehen kommen! Videatur Obertribunalsbeschluß.

17. Juni.

Die Behauptung, daß Preußen auch für den Fall der Ablehnung des Mobilmachungs-Antrags seinen Austritt aus dem Bunde vollzogen haben würde, ist mir von zweiter und dritter Seite als begründet ausgesprochen worden; eben so die Bestätigung der tragikomischen Verwechslung der für den zutreffenden Fall bestimmten Erklärung.

Persönlich werde ich in meiner Ansicht, daß Preußen jeden Vorwand benutzt hätte, um sich von dem ihm sehr lästigen Bundesverhältniß loszumachen, bestärkt durch

folgende zwei Noten, von denen die erste dem Mobilmachungsantrage vorangeht, die zweite demselben folgt.

Die erste, vom 10. Juni, spricht aus, daß der Neuner-Ausschuß die Reform-Vorschläge nicht rechtzeitig erledigen werde. „Wir wenden uns daher nun unmittelbar an unsere Bundesgenossen, und legen ihnen die Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung mit der Bitte vor: sie einer sorgfältigen Erwägung unterziehen, und sich zugleich über die Frage schlüssig machen zu wollen, ob sie eventuell, wenn in der Zwischenzeit bei der drohenden Kriegsgefahr die bisherigen Bundesverhältnisse sich lösen sollten, einem auf der Basis dieser Modifikationen des alten Bundesvertrags neu zu errichtenden Bunde beizutreten bereit sein würden.“

Der Entschluß, die Bundesakte zu zerreißen, stand also bereits fest; es handelte sich nur darum, den plausibelsten Vorwand zu finden. Und da wußte Oesterreich mit bewunderungswürdiger Gefälligkeit auszuhelfen. Obige Note ist vom 10. Juni; am 11. stellte Oesterreich den Mobilisirungs-Antrag, — und am 12. erschien eine preußische Circularnote, des Inhalts: dem Oesterreichischen Antrage fehle jede bundesrechtliche Grundlage, und durch Annahme desselben lösen die Betheiligten das Bundesverhältniß und treten den bundeslosen Zustand mit einem Akte der Feindseligkeit gegen Preußen an. Die Zustimmung zu jenem Antrage werde von Preußen einer selbstständigen Kriegserklärung jener Regierung gleichgeachtet werden.

Obgleich nun der österreichische Antrag nicht angenommen ist, die Voraussetzung also nicht gegeben ist, von welcher jene Note redet, tritt dennoch Preußen aus dem Bunde, der durch den nicht angenommenen

Oesterreichischen Antrag zerrissen sein soll, und überzieht die Länder seiner benachbarten, ungerüsteten Bundesgenossen mit Krieg.

Was jetzt geschehen, läßt sich nicht wieder ungeschehen machen; aber, — welche Richtung auch die jetzt in Bewegung gesetzte Lawine nehmen, wen sie verschütten mag, — an diesem einen Uebel wird sowohl das besiegte wie das siegende Preußen stets kranken: es hat sich nicht gescheut, einen Vertragsbruch mittelst einer Lüge zu begehen.

18. Juni.

Man erzählt sich hier noch weitere Details über die Vorfälle in der denkwürdigen Sitzung vom 14. d. M. Nachdem also Herr von S. die Austritts-Erklärung verlesen, und seine Amtsführung als damit geschlossen bezeichnet hatte, entfernte er sich nicht etwa, sondern vernahm die nunmehr nach der Reihe folgenden Proteste und Erklärungen der übrigen Gesandten, von denen sofort der Bayerische den Nagel auf den Kopf traf, indem er hervorhob, daß die Motivirung der Preußischen Erklärung auf die Abstimmung Bayerns und auf den dadurch herbeigeführten Bundesbeschluß in keiner Weise passe. Erst als der Württembergische Gesandte in seiner emphatischen Weise von dem allgemeinen Erstaunen sprach, den dieser Schritt der Preußischen Regierung in ganz Deutschland hervorrufen werde, und der Preußischen Regierung das Recht bestritt, wiederum die Behauptnng aufzustellen, als habe Württemberg in Uebereinstimmung mit Oesterreich gerüstet, — erst da empfand Herr von S., daß er schon längst nicht mehr an seinem Platze sei; er unterbrach daher den Württembergischen Gesandten, was

wieder von diesem lebhaft urgirt ward, und entfernte sich, ohne aus seiner bisherigen kollegialischen Stellung die so nahe liegende Veranlassung zu nehmen, seine Person von seinem Amte zu trennen. Dies soll die andern Gesandten peinlich berührt, aber nicht überrascht haben.

Diese Redaction habe ich nach den Mittheilungen von drei Gesandten niedergeschrieben.

19. Juni.

Die Ereignisse überstürzen sich; Sachsen, Hannover, Kurhessen sind von Preußischen Truppen überzogen. Hier befürchtete man eine Ueberrumpelung durch das bei Wetzlar combinirte Corps des Generals von Beyer. Dieser scheint aber mit seinen „Hessischen Brüdern" genug zu thun zu haben. Man hat jedoch Vorsichts halber Darmstädter und Württemberger Truppen herangezogen und sie nach Friedberg vorgeschoben.

22. Juni.

Gestern hat Oldenburg seinen Austritt aus dem Bunde erklärt, — der erste Nachfolger auf Bismarck'scher Bahn. Solche Politik fällt in die Kategorie der Spekulation, und dieser scheint der gute Großherzog schon seit längerer Zeit gehuldigt zu haben. Früher hörte man viel Gutes von ihm; seit der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit hat sich das aber geändert. Seine Ansprüche, auf Russische Cession begründet, sind eben weiter nichts als Russische Prätentionen, die mit bewunderungswürdiger Feinheit aus dem Nichts hervorgeholt und geltend gemacht wurden; sie sind ein Triumph der Russischen Diplomatie, vor der man bei solchen Gelegenheiten wirklich Respekt bekommt. Und man darf nicht übersehen, daß

es diese Oldenburgischen Ansprüche allein waren, welche von Bismarck als Handhabe für Preußische Zwecke benutzt wurden; wäre Oldenburg nicht hervorgetreten im Sommer 1864, so hätte die Londoner Conferenz ganz andere Erfolge gehabt. Nun aber wurden die beiden Prätendenten immer gegen einander abgewogen, und bald dieser, bald jener leichter oder schwerer befunden; der gute Dicke ließ sich eine Nase nach der andern drehen, — und ich stehe nicht dafür ein, ob er nicht noch heute glaubt, durch seine rasche Parteinahme Ansprüche auf Belohnung erhalten zu haben.

25. Juni.

In der heutigen Sitzung haben Altenburg, Anhalt, Sondershausen und Waldeck ihren Austritt erklärt. Die Schafe sondern sich von den Böcken.

Nach andern Mittheilungen ist die vor kurzem beschlossene Neutralität von Mainz schon jetzt dadurch gebrochen worden, daß Preußen sein sämmtliches Genie-Personal von dort weggezogen hat und den zur Besatzung bestimmten Bundescontingenten den Durchmarsch verweigert.

Weit wichtiger ist die Neuigkeit, daß der in Wilhelmshöhe zurückgebliebene Kurfürst von Hessen auf Befehl der Preußischen Regierung gefangen genommen worden ist, und als Staatsgefangener nach Stettin gebracht werden wird. Statt jetzt mit solchen extremen und unnöthigen Maßregeln vorzugehen, hätte Preußen seit 29 Jahren vielfache Veranlassung und Gelegenheit gehabt, die Mißregierung dieses Kurfürsten, der mir stets als der gefährlichste Feind des monarchischen Princips erschienen ist, zu beseitigen.

26. Juni.

Das Schicksal der braven Hannover'schen Armee macht mir große Sorge. Unbestimmte Gerüchte schwirren durch die Luft; bald soll sie östlich von Göttingen, bald westlich gezogen sein. Der Führung eines blinden Königs überliefert, ist diesen Truppen das bedenklichste Prognostikon zu stellen. Was man in größern Verhältnissen, in der Regierung eines Landes nicht hat zugeben wollen, wird jetzt in kleineren, mehr auf einen Brennpunkt zusammenschießenden Zuständen, in der Heerführung, sich als evidente Thatsachen darstellen: daß ein Blinder unter Curatel gestellt werden muß, und unfähig ist, selbstständig zu entscheiden. In der ganzen Welt wäre ein Blinder eo ipso unfähig zum Regiment erachtet; in Deutschland hat man sich nicht die geringste Bemerkung in aller Unterthänigkeit erlaubt. Wir haben denn auch Unsinn genug in Hannover zu beobachten gehabt!

Hier begreift man nicht, daß von Seiten der Bayerischen Armee keine Diversion zur Entsetzung der Hannoveraner gemacht wird. Man begreift freilich Vieles nicht, was von Seiten der Bundestruppen geschieht oder vielmehr nicht geschieht.

Die Oesterreicher sind strahlend über einen großen Sieg, den der Erzherzog Albrecht bei Custozza über die Italienische Armee davon getragen.

28. Juni.

Zwischen den Hannoveranern und den Preußen hat ein blutiges Gefecht bei Langensalza stattgefunden. Es ist mir unbegreiflich, wie sich die Hannoveraner noch in jener Gegend befinden konnten. Sie mußten sich von

Göttingen aus über Heiligenstadt und Mühlhausen nach Eisenach ziehen und so über Gerstungen nach Hünfeld marschiren, wodurch sie ihre Verbindung mit Fulda und Hanau sicher gestellt hätten.

An der Böhmisch-Schlesischen Grenze haben Gefechte stattgefunden, welche für die Preußen günstig ausfielen.

29. Juni.

Telegramme melden glänzende Siege der Preußen bei Trautenau und bei Münchengrätz.

Prinz Carl von Bayern ist zum Oberbefehlshaber der Bundestruppen ernannt worden.

Die Hannover'schen Truppen sollen rings von Preußischen Korps cernirt sein.

In dem Treffen bei Langensalza haben Norddeutsche Soldaten zum erstenmale gegen einander gefochten, Kinder eines Stammes! Ich suche mir das Tiefbetrübende dieser Zustände durch die Erwägung zu erleichtern, daß im Jahr 1848 und 49 dasselbe stattgefunden hat, und zwar in Folge einer Revolution, — und daß wir uns jetzt auch in einer Revolution befinden, und zwar in einer von oben herab organisirten, aus der doch möglicherweise irgend ein Fortschritt sich entwickeln kann.

30. Juni.

Es hängt Gewicht sich an Gewicht: in der gestrigen Sitzung haben Rudolstadt und die Hansestädte ihren Austritt erklärt; jedes Quentchen trägt seinen Antheil bei, daß ein Pfund entstehe.

Fortwährende Durchmärsche Württembergischer und Badischer Truppen; unter der Infanterie der letztern sind

sehr schöne Leute. Die Württemberger scheinen einige Mutterpfennige mitgebracht zu haben: es ist amüsant zu sehen, wie sie zu Vieren und Fünfen in einer Droschke über die Promenade und durch die Stadt fahren.

Tag und Nacht höre ich jetzt die Signalpfeife der Locomotiven ertönen; man wird zuletzt ganz nervös von dem Geschrille!

Die Hannover'sche Armee hat capituliren müssen! Waffen, Pferde, Geschütze sind den Preußen übergeben.

2. Juli.

Gestern Abend kam S. zu mir, der auf dem Umwege über Köln direkt von Berlin anlangte, mir Briefe von dort mitbrachte, und die Nachricht von einem großen entscheidenden Siege der Preußen in der Gegend von Nachod bestätigte. Entscheidend wird die Schlacht denn doch wohl nicht sein; dazu wird es wohl noch mehrerer ähnlicher Erfolge bedürfen, — und diese können doch unmöglich alle auf Seiten der Preußen sein. Kriegsglück ist wandelbar!

Die Berliner Briefe bestätigen mir die Angabe, daß der Allianz-Vertrag Preußens mit Italien bereits am 8. April unterzeichnet worden. Dieser Sieg über Preußische Prinzen-Doctrin und Pommersches Junkerthum dürfte fast noch schwerer zu erringen gewesen sein, als jener neueste in Böhmen.

3. Juli.

Die Erkennung dessen, was Noth thut, breitet sich bei den kleinen Potentaten immer mehr aus: in der gestrigen Sitzung haben Mecklenburg, Gotha, und Reuß j. L. ihren Austritt aus dem Bunde erklärt. Von Seiten Gotha's

hätte dies billigerweise schon früher geschehen sollen: wenigstens weiß ich mir kein richtiges Bild von einem Verfahren zu machen, wonach der Herr Herzog seit dem 23. Juni eine eigenthümliche Rolle bei der Aktion gegen die Hannoveraner spielte, und zu gleicher Zeit noch aktives Glied des Bundes blieb. Es ist freilich wahr, daß dieser Herr sich ein gewisses historisch gewordenes Recht auf Unberechenbarkeit erworben hat. 1862 Schützenhauptmann, — und jetzt? Die Bemühungen, ein Commando in der preußischen Armee zu erhalten, sollen gescheitert sein. Charakteristisch bleibt es immer, daß der Fürst, welcher einer der ersten war, den Herzog von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein (ganz unnöthiger Weise) anzuerkennen, heute wiederum der Erste ist, der in entgegengesetzter Richtung seine Mitwirkung geltend zu machen sucht.

4. Juli.

Die Berliner Zeitungen gefallen sich darin, gehässige Verläumdungen gegen Frankfurt in die Welt zu senden, z. B. alle Preußische Unterthanen, selbst solche, die seit 10 Jahren hier ansässig gewesen, habe man ausgewiesen; — ganz Frankfurt sei zur Feier der angeblichen großen österreichischen Siege illuminirt gewesen und dergleichen. Eben so viel Lügen, als Worte! Glaubt man denn in Berlin, dergleichen Verläumdungen nöthig zu haben, um die Preußische Politik rechtfertigen zu müssen?

5. Juli.

Telegramme melden einen neuen glänzenden Sieg zwischen Königgrätz und Josephstadt; die Oesterreichische

Armee soll sich in vollständiger Auflösung befinden! Hier sieht man jetzt viele lange Gesichter.

Auch zwischen den Bayern und Preußen ist es zu einem Zusammenstoß bei Dermbach im Rhöngebirge gekommen; über den Erfolg verlautet nichts.

6. Juli.

Die alte Geschichte der Reichsarmee liegt in neuer moderner Ausgabe vor uns. Nach allem, was ich vernehme, muß eine vollständige Kopflosigkeit bei den höhern Kommandos der Bundes-Armee herrschen. Major B. erzählte mir heute, daß der hiesige Etappen-Kommandant seit vier Tagen nicht wisse, wohin er die Reconvalescenten und verspäteten Urlauber dirigiren solle, — es existirt nicht die geringste Verbindung zwischen den einzelnen Armeecorps, sowohl unter sich, wie mit dem Mittelpunkt, der doch nur in Frankfurt sein kann. Der Prinz Wilhelm von Baden, der die Badische Division kommandirt, ist mit derselben heute hier eingerückt, um sich über den Neckar zurückzuziehen, und die Grenzen des Großherzogthums zu vertheidigen! Das hat denn doch einen ganz verzweifelten Beigeschmack.

So lange größere Truppentheile der bisherigen Observanz gemäß nur von Prinzen angeführt werden können, werden wir immer die Erfahrung machen, daß 1) ein besserer Anführer beseitigt worden ist, — und 2) dynastische und Privat-Interessen den wesentlichen Hebel für alle Entschließungen abgeben.

In der gestrigen Sitzung hat Weimar seinen Austritt angezeigt.

Von unberechenbarer Wichtigkeit kann der überraschende Entschluß des Kaisers von Oesterreich werden, Venetien an Frankreich abzutreten. Der Zweck liegt klar genug vor Augen, — es fragt sich nur, ob es nicht zu spät sei. Hier glaubt man, daß Napoleon jetzt seinen ganzen Einfluß verwenden werde, um den Frieden herzustellen. Ich sehe aber nicht ein, welches Interesse ihn dahin führen sollte. Entweder rafft sich die Oesterreichische Armee zusammen und nimmt Revanche für Königgrätz, — oder sie wird wiederum geschlagen, und der Friede wird in Wien geschlossen. Mit beiden Eventualitäten kann Napoleon ganz zufrieden sein, denn auch die Preußischen Verluste sollen eine ungeheure Höhe erreichen.

7. Juli.

Specielle Berichte über die Schlacht bei Königgrätz melden die furchtbare Wirkung der Zündnadelgewehre; reihenweise sind die Oesterreicher niedergeworfen; merkwürdigerweise sollen bei weitem die meisten Wunden im Unterleib und an den Beinen vorkommen. Nach meiner Ansicht ist der wichtigste Einfluß der Hinterladungsgewehre der, daß er dem Soldaten ein sicheres Vertrauen auf seine Waffe giebt, und so aus der Maschine einen Menschen macht. Das dürfte nicht hoch genug angeschlagen werden können.

Gestern soll es nahe dran gewesen sein, den Prinzen W. v. B. zu arretiren und vor ein Kriegsgericht zu stellen. Des Beispiels halber dürfte dies ganz heilsam gewesen sein. Daß der Genannte Preußische Sympathien hat, kann ich ihm nicht verdenken: wie aber konnte er überhaupt das Kommando annehmen und dann handeln,

wie er bis jetzt gehandelt hat! Will er an sich selbst die Erfahrung machen, daß man den Verrath liebt, aber den Verräther verachtet?

8. Juli.

Die Circular-Depesche Bismarcks an die Preußischen Gesandten vom 22. Juni, worin er Herrn von Strauß eines Falsums bei Abgabe des Votums vom 14. Juni bezichtigt, soll wirklich ächt sein; ich habe bisher nicht daran glauben wollen, bin aber stutzig geworden. Um endlich über diese Angelegenheit ins Reine zu kommen, deren sich Kladderadatsch schon bemächtigt hat, schrieb ich an Herrn von N. und bat ihn, mich aus den amtlichen Protokollen zu belehren. Heute erhalte ich beiliegenden Brief, den ich ad usum Delphini diesem Jahreshefte einverleibe.

— — — Diese Depesche enthält fast eben so viel Unwahrheiten als Worte, und — was das Schlimmste, wissentliche Verdrehungen. Denn Herr von Bismarck weiß als früherer Bundestags-Gesandter ganz genau, daß die Stimme einer Kurie nie durch Meinungs-Verschiedenheit innerhalb der Kurie ganz verloren gehen, sich selbst aufheben kann, — wie er dies von der 13. Kurie, Braunschweig-Nassau, behauptet. Für solche Fälle innerer Divergenz bestehen eben besondere Verträge der betreffenden Staaten, — und für den vorliegenden Fall war Nassau's Votum conventionsmäßig das entscheidende. Die zweite wissentliche Unwahrheit ist, daß Reuß j. L. gegen den Antrag gestimmt habe; das Protokoll beweist, daß es für Verweisung an den Ausschuß stimmte. Preußische Dialektik behauptet nun zwar: es habe nicht für den Antrag gestimmt, ergo dagegen. Diese Logik

verdient keine Antwort: man drehe den Satz einfach um. Die dritte wissentliche Verdrehung liegt in der Behauptung: das (sogenannte) Falsum war für den Bundes-Beschluß entscheidend; denn sonst wäre der Bundestag in zwei gleiche Lager getheilt gewesen, acht Stimmen gegen acht. Schauen wir in das Protokoll: gegen den Antrag stimmten: Luxemburg, die Sächsischen Häuser, Mecklenburg, die 15. und die 17. Kurie. Rechnen wir hiezu noch Preußen selbst, welches sich gegen jede geschäftliche Behandlung des Antrags erklärte und Protest gegen denselben einlegte, so haben wir sechs Stimmen dagegen. Für den Antrag: Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, 13. Kurie und 16. Kurie; also neun Stimmen. Nach strengster Annahme müßte dieser Majorität auch Baden hinzugezählt werden, welches sich der Stimme enthielt. Also zehn Stimmen.

Mit dem sogenannten Falsum verhält es sich einfach so: Von den 6 Regierungen der 16. Kurie hatte Schaumburg-Lippe nach Angabe des Gesandten keine Instruktion ertheilt. Ich weiß aber aus sicherster Quelle, daß zwei Stunden nach der Sitzung die Weisung eintraf, sich dem Votum von Hannover anzuschließen. Doch, das mag auf sich beruhen. Es blieben also Liechtenstein und Reuß ä. L., welche für, Waldeck und Lippe, welche gegen den Antrag stimmten, und Reuß j. L., welche für Verweisung an den Ausschuß stimmte. Letzteres war ein selbstständiges Votum, konnte also weder der einen noch der andern Partei zugerechnet werden. Somit blieb ein Gleichgewicht von zwei gegen zwei. In Fällen solcher Parität schreibt der Kuriat-Vertrag vor, daß ent-

weder das Votum sich der Majorität anzuschließen habe, oder, falls solche noch nicht vorhanden, daß nach bestimmter Reihenfolge eine Regierung den Ausschlag zu geben habe. Diese Reihenfolge stand an Liechtenstein. Aber dieser Ausweg brauchte nicht beschritten zu werden, denn als die Reihe des Votirens an der 16. Kurie stand, hatte sich bereits eine Majorität von 8 Stimmen gegen 5 ergeben.

Soweit der Brief. Das Sachverhältniß liegt demnach klar vor. Je ungegründeter die Verläumdung ist, desto mehr bemüht man sich jetzt sie zu verbreiten. Und dabei muß man, wie ich, wissen, daß Herr von Bismarck, wie er meinem Freunde B. gestanden, am 13. und 14. Juni eine fieberhafte Angst gehabt hat, es könne möglicherweise der Antrag abgewiesen werden.

Wie sonderbar, daß ich hier, vor meinem for intérieur et intime, den Sachwalter des Herrn von Strauß spielen muß, den ich so oft im öffentlichen Leben bekämpft!

9. Juli.

Ueber den staunenswerthen Erfolg des Siegs bei Königgrätz, der, wie es den Anschein gewinnt, die ganze vielgepriesene Oesterreichische Macht mit einem Male darniedergeschmettert hat, sind wir wohl Alle im höchsten Grade überrascht, — aber sicher Niemand mehr als unser schlauer Freund jenseits des Rheins! Die Aussicht auf einen langen blutigen Krieg innerhalb Deutschlands mit wechselndem Erfolge war so schön, so sicher; hatte man doch selbst die Erfahrung gemacht, daß nur durch die fehlerhafte Führung auf Oesterreichischer Seite der Sieg der Franzosen im Jahr 1859 ermöglicht worden war;

ähnliche Fehler werde man daher jetzt nicht wiederum sich zu Schulden kommen lassen, — und à la fin des fins würden Oesterreich und Preußen wesentlich geschwächt aus dem Kampfe hervorgehen. Dergleichen habe ich öfter aus dem Munde von Franzosen gehört; noch Anfang Mai bewies mir Mr. de R. in Homburg, daß die französische Armee die erste der Welt sei, aber die Oesterreichische stehe ihr nicht viel nach, und also könne Preußen nicht siegen.

Und heute sind alle Konsequenzen, die aus diesen Voraussetzungen hervorgehen, eitel Dunst und Nebel, — Preußen hat einen möglicherweise entscheidenden Sieg erfochten, — Oesterreich sucht durch die Schenkung Venetiens sich aus der Schlinge zu ziehen, — und Frankreich muß jetzt selbst den Frieden herbeiwünschen!

Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause sind beendigt, und das Resultat soll über alle Erwartung günstig sein; man rechnet eine sichere Majorität für das Ministerium heraus. Wundert mich nicht; Anbetung des Erfolges!

10. Juli.

Seit einigen Tagen bringen uns die Zeitungen nur Nachrichten von Schlachten, Verfolgungen, blutigen Lorbeeren u. s. w. Jawohl, jawohl:

Lorbeer ist ein bittres Blatt,
Dem der's sucht und dem der's hat!

Der König von Pr. will aber dennoch auch seinen Theil davon haben; darum hat er sich schon seit acht Tagen zur Armee begeben, und vor seiner Abreise aus Berlin zu einer vor dem Palais versammelten Volksmenge gesagt: er kämpfe mit Gott für König und Vaterland! Und da wir heute wohl als sicher annehmen dürfen, daß

die Oesterreichische Armee nicht mehr fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen, so wird nun der Wunsch des alten Herrn in Erfüllung gehen können: auf den Thalerstücken sein Bild mit einem Lorbeerkranz geschmückt zu sehen, — ein Wunsch, der schon nach dem Schleswig'schen Feldzuge stark hervortrat und nur mit Mühe beseitigt werden konnte.

12. Juli.

Die Preußische Politik scheint in ein sehr bedenkliches Fahrwasser hineinzusteuern. Proclamationen des Preußischen Obercommando's an die Böhmen, Mähren und Ungarn stellen diesen die Verwirklichung ihrer nationalen Wünsche in Aussicht! Nach officiösen Andeutungen soll die Erfüllung der nationalen Forderungen Ungarns eine der Bedingungen sein, von denen Preußen den Frieden mit Oesterreich abhängig machen wird. Die Anwesenheit des Generals Klapka in Berlin, die Bildung einer Ungarischen Legion in Schlesien können als weitere Symptome Preußens für diese Pläne gelten. Haben dieselben Erfolg, so kann freilich der Kaiserstaat seiner völligen Auflösung entgegen geführt werden. Wie aber, wenn diese neue Theorie sich auch in Polen als praktisch bewährt, und man Französischer Seits auf diesem angezeigten Wege weiter vorschreitet?

Die verschiedenen Gefechte zwischen den Preußen und Bayern im Rhöngebirge sollen weit bedeutender sein, als man anfangs vermuthete. Die Bayern haben sich zurückgezogen, und vorgestern soll bei Kissingen ein hartnäckiges Treffen stattgefunden haben.

Die Preußische Armee ist bereits in Mähren eingerückt. Dagegen wird die Südarmee aus Venetien nach Wien

dirigirt. Inzwischen sollen sich die Anstrengungrn der Französischen Diplomatie zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes verdoppeln.

13. Juli.

Die Stadt ist seit einigen Tagen in Aufregung wegen der Erbauung von Schanzen, welche in der nächsten Umgegend auf Befehl der Bundes-Militär-Commission angelegt werden sollen. Der Senat hat beim Bundestag Protest dagegen eingelegt. Daran hat er gewiß sehr Recht gethan; Frankfurt ist eine offene Stadt, und ihre einzige Sicherheit liegt gerade darin, daß sie sich nicht vertheidigen kann und will.

Wie mir B. und T. erzählen, ist man hier an maßgebender Stelle noch immer so unbekannt mit den Dispositionen des Bayerischen Armeecorps und seinem Zusammenwirken mit dem 8. Armeecorps, wie früher. Es fehlt eben vollständig an jeder Gemeinschaftlichkeit der Pläne, und wohl auch an der unumgänglich nothwendigen Unterordnung der einzelnen Befehlshalber. Man versichert z. B. mit großer Bestimmtheit, daß der Rückmarsch der Badenser von Wetzlar und Gießen nach Frankfurt gegen den ausdrücklichen Befehl des Armeecorps-Commandanten geschehen sei. Da hätte man ein Exempel statuiren sollen!

14. Juli.

Heute Vormittag hat sich die Bundes-Versammlung nebst Militär-Kommission, Kanzlei u. s. w. nach Augsburg begeben. Wir werden demnach stündlich dem Einmarsche der Preußen entgegensehen können. Damit ist wiederum eine hochwichtige Phase in der politischen Entwicklungsgeschichte Deutschlands beendet!

Mich beschäftigt heute lebhaft der Gedanke, daß es keine uninteressante Aufgabe sein müsse, eine Geschichte der Verdienste des deutschen Bundes zu schreiben. Wir sind so daran gewöhnt, auf den Bund schelten zu hören, wir haben uns seit Jahren so große Mühe gegeben alles erdenklich Schlechte über ihn hervorzuheben und zu verbreiten, daß in der Weltgeschichte kaum eine politische Institution aufgefunden werden dürfte, welche besser gescholten und verketzert gewesen. Und dennoch 50 Jahre des Bestehens, und dennoch viele offene und geheime Anhänger, wohlverstanden unter der Bedingung nothwendiger Reformen. Das wäre absolut nicht möglich, wenn dem deutschen Bunde nicht Verdienste zur Seite stünden, die freilich von den Volkstribünen und den Markt-Politikern nicht verstanden werden können oder wollen, die aber dem ruhigen Beobachter klar vorliegen. Es bedarf nicht großer Mühe um zu beweisen, daß der 50jährige Frieden, dessen sich Mitteleuropa zu erfreuen gehabt, wesentlich dem Bestehen des deutschen Bundes zu verdanken ist. Und wenn Preußen während dieser 50 Jahre ungestört wachsen und gedeihen konnte, ohne durch seine Eigenschaft als kleinste Europäische Großmacht in Mitleidenschaft gezogen zu werden, die ihm sehr theuer hätte zu stehen kommen, so verdankte es dieß lediglich seiner Theilnahme am deutschen Bunde.

Eine unparteiische Kritik wird dieß anerkennen, wenn von uns Mitlebenden auch der Letzte zu Staub und Asche zerfallen sein wird. Wollte man aber dergleichen heute aussprechen, würde man sich des neuentdeckten Verbrechens der Preußenfeindlichkeit mit erschwerenden Umständen schuldig machen!

15. Juli.

Heute steht in den Zeitungen ein Brief des Herrn von Roggenbach an den Grafen Bismarck, datirt Neuwied 1. Juli 1866, worin er sich anbietet mitzuarbeiten für die Neugestaltung der deutschen Staatsverhältnisse. Roggenbach und Bismarck scheint mir eine Firma, die an „hölzernes Eisen“ erinnert. Uebrigens ist persönlicher Ehrgeiz unberechenbar, und aus ähnlichen Motiven scheint dieser Brief hervorzugehen. Man behauptet übrigens, das Datum sei anticipirt und das Schreiben erst am 7. Juli erlassen, also nach den ausführlicheren Mittheilungen von den Siegen in Böhmen und ihren Konsequenzen. Mit diesem Briefe ist auch ein früheres Schreiben des Herrn von Roggenbach vom 2. Mai d. J. an die Nationalzeitung nicht ganz in Einklang zu bringen. Damals war seine Anwesenheit in Berlin von der ministeriellen Presse in sehr unloyaler Weise ausgebeutet worden, und so ward die Entgegnung hervorgerufen.

In der Stadt herrscht große Bestürzung über einen Sieg der Preußen bei Aschaffenburg am gestrigen Tage. Hier sollen augenblicklich keine Truppen mehr sein. Wir werden wohl bald deren mehr bekommen, als uns gerade lieb ist.

16. Juli.

Mein alter Freund, der Kladderadatsch, kann mich seit einiger Zeit nicht mehr amüsiren; er ist aus dem Zustande des *höheren* Blödsinns in denjenigen des *unbewußten* Blödsinns übergegangen. Ueber die Fehler der Menschen mag man spotten und seine beißende Lauge ausgießen, denn das hilft möglicherweise; aber

das Unglück der Menschen zum Gegenstande von meistentheils bei den Haaren herbeigezogenen Witzen zu machen, ist unendlich schwachköpfig; von Hartherzigkeit will ich gar nicht reden, denn wer setzt beim Kladderadatsch ein Herz voraus? Und doch hat er einmal in seinem Leben verrathen, daß auch er damit versehen: am Beerdigungstage Hinkeldey's.

17. Juli.

Gestern Abend sind die Preußischen Truppen hier eingerückt, und heute erschien im Journal eine Bekanntmachung des Generals von Falkenstein, worin er anzeigt, daß die Regierungsgewalt über das Herzogthum Nassau, die Stadt Frankfurt mit dem Gebiete, sowie über die von ihm occupirten Landestheile des Königreichs Bayern und des Großherzogthums Hessen auf ihn übergehe. Der Senat und die ständige Bürger-Repräsentation sind aufgelöst worden.

18. Juli.

Die Herren Preußen treten sehr schroff auf, als ob Frankfurt eine eroberte feindliche Stadt sei. Eine Menge Verhaftungen haben stattgefunden, namentlich hat man sich gleich mehrerer Zeitungs-Redakteure bemächtigt. Der Hofrath Fischer-Goullet, von der Postzeitung, wurde gestern Abend mit militärischer Eskorte in den Englischen Hof abgeführt. Dort soll General von Falkenstein von ihm die Unterschrift einer Erklärung gefordert haben, worin Fischer sich einer systematisch-verläumderischen Feindseligkeit gegen die Preußische Regierung schuldig bekannte. Diese Zumuthung hat den Mann so alterirt, daß er einen Schlag-Anfall bekam. Man hat den Bewußtlosen dann in einem Winkel liegen lassen, und sich

nicht um ihn bekümmert, bis später von Freunden und Verwandten Hülfe geleistet werden konnte. Doch soll er heute gestorben sein!

Auch die Senatoren Bernus und Speltz sind verhaftet und auf die Hauptwache geführt. Man wallfahrtete heute vor den Fenstern vorbei, hinter deren Eisengittern der kleine dicke Bernus mit triumphirendem Gesichte sich bewundern ließ; er soll überglücklich sein, daß man ihn für eine so wichtige Person hält.

19. Juli.

Die militärischen Maßregeln in der Stadt nehmen einen sonderbaren Charakter an: sie richten sich mit gehässiger Schärfe gegen einzelne mißliebige Persönlichkeiten, indem man die Einquartierungen gewissermaßen als Straf-Executionen vertheilt. Weinhändler Mumm erhielt 200 Mann und 15 Offiziere, Frau Lutteroth 50 Mann. Als Grund hiefür wird angegeben, daß sie sehr preußenfeindlich gesinnt seien, und nie Preußische Offiziere auf ihre Bälle eingeladen hätten. Man erzählt sich die unglaublichsten Vorfälle; von der Grobheit und Rohheit mit der die Offiziere sowohl ihren Quartiergebern gegenüber, als auch auf der Straße auftreten, macht man sich keinen Begriff. Man erblickt in der That keine Damen mehr in der Stadt, wenigstens nicht ohne männliche Begleitung; denn es sind namhafte Persönlichkeiten von Offizieren öffentlich verhöhnt und drangsalirt worden. Wer hatte so etwas für möglich gehalten!

Eine Kontribution von 6 Millionen Gulden ist der Stadt auferlegt und soll binnen 24 Stunden bezahlt werden. Wie ist das zu bewerkstelligen, da Senat und Bürgerschafts-Repräsentanten aufgelöst sind, und nur diese

eine gesetzliche Schuld contrahiren oder auf irgend andere Weise das Geld herbeischaffen können.

Eine gute Seite der Preußischen Occupation muß ich mir besonders notiren: sie hat uns von der Anwesenheit und Thätigkeit der Herren Röckel, Kolb, Sonnemann und Konsorten erlöst. Diese haben es sämmtlich vorgezogen, sich zu entfernen, anstatt sich der Möglichkeit auszusetzen, mit den Preußischen Commandanten Bekanntschaft machen zu müssen.

Armer Fischer-Goullet! Dir ist letztere theuer genug zu stehen gekommen!

20. Juli.

Die Kontribution ist von der Frankfurter Bank vorgeschossen worden, — aber von wem hat die Bank Sicherheit erhalten? Das hat mir noch Niemand sagen können. Man ist übrigens sehr beruhigt, da der General Falkenstein sein Wort gegeben hat, daß hiermit Alles abgemacht sei, und nur noch Natural-Lieferungen von der Stadt verlangt werden würden.

Ueber die heute geleistete Natural-Lieferung sind aber viele Klagen zu vernehmen. Sämmtliche Luxus-, Wagen- und Reitpferde mußten auf dem Exercirplatz zur Musterung vorgeführt werden, und sind gegen unbillig geringe Taxate von der Militär-Behörde annektirt worden. Mit den schönen und eleganten Pferden können die Herren Offiziere allerdings zufrieden sein.

Auch hierbei sind wieder eigenthümliche Züge von Gehässigkeit hervorgetreten. So hat man dem Herrn M. K. von Rothschild von 10 Gespannen stets nur ein Pferd genommen, so daß die übrigen nicht mehr zusammen passen, — und außerdem ein Gespann Ponny, obgleich

der dreifache Preis derselben von R. geboten sein soll. Wozu gebraucht eine Armee Ponny?

In jeder andern Stadt würde man die Lieferung der nöthig befundenen Pferde einem Pferdehändler auferlegt haben, mit dem sich dann der Stadtsäckel abzufinden hätte. Hier aber hat man jeden einzelnen Pferde-Besitzer persönlich kränken wollen, — und diesen Zweck hat man glänzend erreicht. Welche Dinge habe ich heute Abend im Casino gehört!

21. Juli.

Nachdem gestern das Obercommando der Main-Armee von Falkenstein auf Manteuffel übergegangen, hat Letzterer die Leistungen seines von ihm beseitigten Vorgängers glänzend übertroffen: außer den 6 Millionen, die bereits bezahlt worden, sollen jetzt noch 25 Millionen binnen 3 Tagen gezahlt werden!

Die Besetzung der reichen Handelsstadt scheint als ein rentables Geschäft betrieben werden zu wollen, wobei andere staatsmännische Rücksichten keine Beachtung verdienen. Das dürfte denn doch etwas gar zu junkerlich gewirthschaftet sein.

Ich freue mich auf die siebenfüßigen Reden, die der sanftäugige Gouverneur von Schleswig hier loslassen wird. Welch bedenklicher Mangel an tauglichen Männern dieser Kategorie muß in Preußen herrschen, daß man nach den trübseligen Mißerfolgen in Schleswig jetzt diesen Mann auch hier wirthschaften läßt!

22. Juli.

Die Stadt hat eine ganz eigenthümliche Physiognomie; eine dumpfe Bestürzung hat sich der Einwohner bemächtigt.

Drohungen von Plünderung und Beschießung der Stadt, falls nicht gezahlt werde, sind von höheren Offizieren ausgesprochen. Manteuffel hat auf die Bemerkung der zu ihm gesandten drei Deputirten: „daß die preußischen Truppen sich zur Plünderung einer deutschen Stadt nicht hergeben würden" geantwortet: „zu dem Zweck habe ich ein Regiment Polen bei mir; ich mache mir nichts daraus, wenn man mich einen zweiten Herzog von Alba nennt." Einer der Deputirten hat dann geäußert: „im Fall der Plünderung werden Ihre Soldaten wohl Stühle und Kanapees, aber kein Geld finden." Herr von Rothschild hat gegen den General von Manteuffel geäußert: „Sie kennen wohl die Tragweite Ihrer Kanonen, aber nicht diejenige Ihrer Maßregeln; wenn Sie Frankfurt ruiniren wollen, so ruiniren Sie die ganze Rheinprovinz und einen großen Theil der übrigen Provinzen."

Auch die Verwaltung der Post ist von Preußen übernommen; Herr von Scheele ist beseitigt.

Die Ereignisse überstürzen sich jetzt in einer Weise, daß ich ihrer für meine Privat-Aufzeichnungen nicht mehr Herr werde.

23. Juli.

Heute erzählt man sich, daß die Forderung von 25 Millionen noch erhöhet werden würde, falls die Summe nicht heute bezahlt werde. Da Letzteres faktisch unmöglich ist, steht zu erwarten, ob man vom Röder-Berg einige Brand-Raketen in die Stadt werfen, — oder ob man auf der Zeil einige Kartätschen-Salven abgeben, — oder ob man die Häuser sämmtlicher Bankiers und reichen Einwohner besetzen wird, um aus ihren Kassen die Kon-

tributionen flüssig zu machen. Alle drei Eventualitäten werden von preußischen Offizieren kaltblütig erörtert.

Die Legationssekretäre der ausländischen Gesandtschaften haben bei dem jetzigen Kommandanten, Oberst Kortzfleisch, die Sicherstellung ihrer Nationalen verlangt, und dabei auf die unbegründeten Gerüchte, welche in der Stadt coursiren, hingewiesen. Der Oberst hat darauf sehr ernst geantwortet: unbegründet seien die Gerüchte keineswegs.

24. Juli.

Das zweite Opfer der preußischen Occupation ist gefallen: in voriger Nacht hat sich der bisherige ältere Bürgermeister, Fellner, erhängt! Ein vortrefflicher, liebenswürdiger Ehrenmann, der besonders seinen Kollegen bei den Zollvereins-Conferenzen im besten Andenken bleiben wird. Aber den jetzigen Zeiten war er nicht gewachsen. Tag und Nacht harcellirt von den Offizieren der Kommandantur, brutal behandelt von General Röder, der ihn sogar per Er angeredet haben soll, gepeinigt von der Ueberzeugung eine falsche Stellung zwischen Sieger und Besiegten eingenommen zu haben, ungewiß wie es mit der Erstattung der von der Bank entliehenen 6 Millionen, rathlos wie es mit der Zahlung der 25 Millionen werden solle, — das mögen ungefähr die Eindrücke sein, die den armen Mann zu dem verzweifelten Entschluß brachten.

Der Schwager des Verlebten hat dem General Röder den Strick gebracht, mit dem Jener sich getödtet. Der General hat darauf im rauhesten Tone nur geantwortet: „Und die Kontribution muß doch bezahlt werden!" — und hat ruhig seine Cigarre weiter geraucht.

Die hiesigen Bankiers haben beschlossen, sofort ihre Zahlungen einzustellen, sobald auch nur ein Einziger von ihnen persönlich wegen der Kontributionszahlung in Anspruch genommen werde.

Auf dem Roßmarkt und auf der Zeil werden große Truppenmassen aufgestellt, und vier Kanonen sind auf der Hauptwache aufgestellt und gegen die Zeil gerichtet. Bis jetzt haben diese Einschüchterungs-Maßregeln aber noch keinen Erfolg gehabt.

25. Juli.

Heute erschien nachstehende Bekanntmachung: Nachdem die Stadt Frankfurt die Zahlung der von Sr. Majestät dem König auferlegten Kriegs-Kontribution verweigert hat, werden als erste Executivmaßregel die Mitglieder der städtischen Körperschaften mit starker Einquartierung belegt, deren Repartition auf die einzelnen davon Betroffenen nach den Vorschlägen der städtischen Einquartierungs-Kommission erfolgt.

Frankfurt a. M., den 24. Juli 1866.

Der Commandant
von Röder,
Königlicher General-Major.

Der Ausdruck: „erste Executivmaßregel" reizt die Neugierde, zu erfahren, welcher Art die weitern Maßregeln sein werden. Von der angedrohten Plünderung resp. Beschießung wird man doch wohl bei etwas kälterer Ueberlegung zurückgekommen sein.

Ganz unerhört ist fortdauernd das Betragen der Offiziere, während keine Klage über die gemeinen Sol-

daten geführt wird. Erstere aber benehmen sich in ihrer Mehrzahl so, daß ich ganz bestürzt bin; einen solchen Mangel an guter Erziehung habe ich nicht für möglich gehalten. Ein Unterschied zwischen Linie und Landwehr ist in dieser Hinsicht nicht zu bemerken.

26. Juli.

Die Executions-Einquartierungen haben ihren Anfang genommen; mit Trommeln und Pfeifen ziehen die Trupps von 50, 80, 100 Mann vor die designirten Häuser. Da die Betroffenen manchmal sehr eng wohnen, haben Mehrere von ihnen vorgezogen, der Einquartierung den Hausschlüssel zu übergeben und mit der Familie in ein Wirthshaus zu ziehen.

Wegen der Kontribution von 25 Millionen ist gestern eine Deputation nach Berlin gereist.

Die Beerdigung des Bürgermeisters Fellner hat heute Morgen in aller Früh stattfinden müssen, weil man von Seiten des Militär-Gouvernements besorgte, es möchten Demonstrationen bei dieser Gelegenheit stattfinden. Allerdings soll es in der Absicht der Einwohner gelegen haben, dem Verstorbenen die letzte Ehrenbegleitung zu geben. Auch waren immerhin an 4000 Leidtragende heute früh zugegen.

27. Juli.

Die Erscheinung des Herrn von W. hieselbst hat unter der Einwohnerschaft eine unverhohlene Indignation erregt. Man fragt sich, in welcher Eigenschaft er sich hier befinde, — er, der bis zum 14. Juni als Minister-Resident bei dem hiesigen Senat accreditirt war, — er,

von dem man wußte, daß er sich schon seit geraumer Zeit eine besondere Aufgabe daraus machte, die unglaublichsten Verläumdungen über Frankfurts sogenannten „Preußenhaß" an geeigneter Stelle anzubringen! Man erzählt sich von diesem Herrn ganz öffentlich, daß er eine „Proscriptionsliste" angefertigt habe, mit den Namen aller derjenigen hervorragenden Persönlichkeiten, die es während ihres langjährigen Aufenthalts hieselbst nicht gerathen fanden, seinen nähern Umgang zu suchen. Man begreift nicht, wodurch sich das Preußische Ministerium habe veranlaßt finden können, sich dieses Herrn gerade hier in Frankfurt wieder zu bedienen. Ich finde dies jedoch ganz consequent mit dem ganzen hier eingeschlagenen Verfahren: dies ist kein Feldzug gegen die Regierung des kleinen Freistaats — hier hat man keine Proclamationen erlassen wie an die „Hessischen Brüder", — hier galt es dem Privatsäckel der reichen Patrizier, die das von den Vätern ererbte Vermögen durch eignen Fleiß vermehrt hatten und sich in einer weit glänzenderen Lage befinden, als die Uckermärck'schen Granden. Wie der Herr, so der Diener!

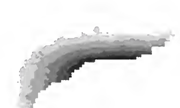
28. Juli.

Die Entscheidung über die Zukunft der occupirten Länder kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Werden sie annectirt werden, ganz oder zum Theil? wird man sich damit begnügen sie dem neuen Bündnisse anzureihen? Gestern Abend, als ich bei L. diese letztere Ansicht aussprach, ward ich tout bonnement ausgelacht. Das wurmte mich, und ich habe diesen Gedanken weiter verfolgt, wodurch ich zu folgendem Resultat gelangte.



Wenn Preußen wirklich für „die berechtigten Ansprüche der deutschen Nation“ gekämpft hat, wie es dieß Anfangs auf seine Fahnen schrieb, so kann der Erfolg seines Sieges nur der sein, daß es die Besiegten zwingt in das neue Bündniß einzutreten, dessen erste Konsequenz die ist, daß die ausschließliche militärische und diplomatische Führung in die Hände der Preußischen Regierung übergeht. Bei genauer Betrachtung ist dies ein Resultat, welches jedem andern vorzuziehen ist. An die Spitze stelle ich die nicht genug hervorzuhebende Thatsache, daß jedes Recht unverletzt bleibt, und nur da beschränkt wird, wo dies im allgemeinen deutschen National-Interesse unumgänglich nothwendig ist. Die mancherlei Vortheile der kleineren Staaten, die wir nicht unterschätzen dürfen, wenn einmal die großen Gewinne des Parlaments und der einheitlichen Armee errungen sind, bleiben daneben erhalten. Und wenn die militärische Führung in preußischen Händen ist, wenn es keine hannoverschen, sächsischen, anhaltischen Lieutenants und Generale giebt, sondern nur deutsche, die von Trier nach Dresden, von Gotha nach Königsberg, von Schwerin nach Karlsruhe versetzt werden, und von einem Punkte aus den Impuls erhalten, — woher soll dann eine Gefahr für Deutschland drohen, woher für Preußen, welches dann keine Etappenstraßen mehr braucht, und welches überhaupt von seinen bisherigen Bundesgenossen im alten Bunde wahrlich auch nicht das Geringste zu besorgen hatte, wenn nicht die jetzige Situation durch den ehrgeizigen Bismarck mit Hülfe der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit künstlich heraufbeschworen worden wäre!

Aber gerade in diesem Umstande liegt für mich der Beweis, daß es sich bei dem gegenwärtigen Kriege nicht um „die berechtigten Ansprüche der deutschen Nation“, sondern lediglich um die Vergrößerung Preußens, um die Erstarkung der Hohenzollernschen Hausmacht handelt. Und deshalb glaube ich auch, daß man ganz einfach annectiren wird, — wobei mir ganz unwillkürlich Fritz Reuter einfällt, der irgendwo, ich glaube in „ut de Franzosentid“ die Preußische Devise: Suum cuique übersetzt: halte fest was du hast und nimm was du kriegen kannst! Müssen wir uns einmal in diese Nothwendigkeit fügen, so fragt sich dann wiederum, wie weit dies Manöver gehen soll? Für meine Anschauung sind da die Erfahrungen maßgebend, die wir seit 1815 zu machen hatten, wo die Stellung Preußens durch die vielen Eifersüchteleien der Alliirten jene unzureichende, verschrobene wurde, an der man seitdem zu leiden hatte. Jetzt, wo die glänzendsten Siege Preußen in die Lage gesetzt haben diktiren zu können, und da es einmal mit dem Rechtsstandpunkt längst gebrochen hat, sollte nun der früher begangene Fehler vermieden werden, d. h. man soll einfach ganz Norddeutschland bis zum Main annectiren, Hannover und Sachsen einbegriffen. Dann wäre der erste Schritt gethan, ein mächtiges Deutschland ins Leben zu rufen, und dann würden später, wenn auch gegen den Wunsch und Willen Bismarcks und seines Königs, die Verhältnisse in rascher Folge dahin drängen, daß auch Süddeutschland nach dem unumstößlichen Gesetze der Gravitation sich diesem Reiche aufs engste anschließen müßte.



Also: entweder das Programm vom 14. Juni aufrecht erhalten unter strenger Wahrung des Rechtes eines jeden deutschen Stammes, — oder Einverleibung von ganz Norddeutschland! Jedes andere Vorschreiten ist ein Fehler, der sich früher oder später an denjenigen rächen wird, die ihn begehen oder begehen lassen.

29. Juli.

Ein Waffenstillstand zwischen Oesterreich und Preußen ist geschlossen worden; gegen Bayern, Württemberg e tutti quanti wird der Krieg rüstig fortgesetzt. Daß Oesterreich seine Verbündeten im Stich läßt, für welche der Kaiser mit seiner ganzen Macht einstehen zu wollen erklärt hat, überrascht mich nicht im geringsten; solcher Züge weiset die Geschichte der Oesterreichischen Politik in Fülle auf. Aber ich bewundere die geheimnißvolle Macht der Tradition, welche immer und immer wieder die Mittelstaaten nach Oesterreich hinüberzog, trotz aller Lehren die ihnen aus der Geschichte dargeboten wurden, und trotz der Erfahrung die sie noch jüngst aus dem italienischen Feldzug von 1859 sich zu Nutze machen konnten: hat denn Oesterreich im Frieden von Villafranca und von Zürich sich auch nur eines Einzigen der depossedirten italienischen Fürsten mit Erfolg angenommen? Und diese waren überdem aus dem Oesterreichischen Kaiserhause entsprossen!

Die erste Bedingung des Waffenstillstands mußte die sein, daß derselbe zwischen Preußen einerseits und den bundestreuen Regierungen andrerseits abgeschlossen werde. Heute noch tagt der Bundestag in Augsburg unter Oesterreichs Präsidium, und die Fiktion der Unlösbarkeit des Bundes ist meines Wissens noch nicht aufgegeben.

30. Juli.

Der preußische Staats-Anzeiger enthält eine Rechtfertigung der über Frankfurt verhängten Kriegssteuern. Seine Gründe sind: „Systematische Feindseligkeiten der Frankfurter Regierung gegen Preußen, Duldung von Majestätsbeleidigungen gegen den König in der Frankfurter Presse, Verletzung der Verträge, Schädigung preußischen Eigenthums und Betheiligung am Kriege der Oesterreichischen Coalition gegen Preußen.“

Nehmen wir an, dieses Alles sei eben so richtig wie es in der That unrichtig und fingirt ist. Dann folgt daraus nichts anderes, als ein feindliches Vorschreiten gegen die Frankfurter Regierung, wie in allen andern Ländern, welche sich der urplötzlichen Vergewaltigung entgegenstemmten. Aber in Frankfurt herrscht der wahre Guerillakrieg gegen das Privat-Eigenthum! Wie bitter werden manche Persönlichkeiten alles dasjenige beklagen und bereuen, was jetzt vor ihren blöden Augen unter ihrer Sanktion hier geschehen ist! Die Geschichte ist eine strenge Richterin, und wird nie verzeihen, daß Deutsche gegen Deutsche in dieser exorbitanten Weise sich vergehen durften! Es gibt noch höhere Richter als die Redaktoren des Staatsanzeigers und Herrn von W.

Warum hat Letzterer zu seinen griefs nicht noch den Umstand hinzugefügt, daß Börne in Frankfurt geboren worden?

31. Juli.

Der glänzende Seesieg der Oesterreicher bei Lissa ist ein kleiner Balsam auf ihren Wunden, den man ihnen wohl gönnen mag.

*

Hier geben sich Befürchtungen kund, daß Preußischer Seits der Zollverein für aufgelöst erklärt werden könnte. Ein offiziöser Artikel in dem unter strengster Censur stehenden Journal deutet darauf hin, und benutzt die Gelegenheit, die Nachtheile hervorzuheben, welche Bayern beispielsweise dadurch erleiden würde. Dergleichen Fingerzeige sind nichts neues, und es mag immerhin diese Eventualität ins Auge gefaßt werden. Aber ich glaube nicht daran, daß man in Berlin ernsthaft daran denkt; das hieße denn doch, sich selbst ins Gesicht schlagen! Ueberhaupt hat ja der Zollverein von Anfang an unabhängig neben dem Bundestage bestanden, und es ist daher nicht abzusehen, warum er nicht auch nach dem Ableben des letztern ruhig fortbestehen sollte. Und neben dem Zollverein existiren ja auch noch andere Verträge die zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Bundes abgeschlossen wurden, der Telegraphen-Verein, der Postverein; sie umschließen meines Wissens alle Deutschen Bundesländer incl. Oesterreich. Also auch diese müßten zerrissen sein. Welcher Vortheil könnte daraus entstehen? und für wen? Man würde sich sehr beeilen sie nach Abschließung des Friedens aufs Neue wieder zu gründen, und darum läßt man sie besser unberührt, — womit man auch zugleich dem Rechte entspricht.

1. August.

Ueber die Friedensstipulationen erfährt man jetzt, daß Preußen die occupirten Länder behalten werde und daß Oesterreich nebst Sachsen in ihrem bisherigen Territorialbestande erhalten bleiben. Dagegen tritt Oesterreich aus dem Bunde und erkennt den neuen norddeutschen Bund

an. In diesen tritt auch Sachsen, würde aber gewissen „Februarbedingungen“ sich unterwerfen müssen.

Wenn man dieses Resultat vor sechs Wochen dem Herrn von Bismarck prognosticirt hätte, würde man von demselben für toll erklärt worden sein.

2. August.

In Köln hat eine Bürgerversammlung sich energisch gegen die beispiellose Behandlung der Stadt Frankfurt ausgesprochen. Die Motivirung dieses Protestes ist der Art, daß ich ihr vollständig beitrete. Es ist darin wesentlich hervorgehoben: „daß die Stadt sich nicht activ am Kriege betheiligt hat; daß die schon bezahlte Kontribution von 6 Millionen neben den Naturallieferungen (von mehr als 4 Millionen) gewiß verhältnißmäßig sehr hoch genannt werden muß; daß der Ruin von Frankfurt speciell die Preußischen Handels- und Industrie-Interessen schädigen werde; daß der Krieg gegen die Armeen und Regierungen, und nicht gegen die Bevölkerungen geführt werde; daß die Art der Ausführung jener Härte einen unauslöschlichen Makel an die Geschichte Preußens hefte, — und daß die exorbitante Bedrückung und unerhörte Härte, mit der in Frankfurt vorgegangen, eine erbitterte Stimmung in Süddeutschland erzeuge, welche die Erfolge des siegreichen Feldzugs moralisch schwäche.“

Die Aeußerungen Französischer und Englischer Blätter über die in Frankfurt an den Tag getretene Brutalität, sowohl des Befehls wie der Ausführung desselben, lassen sich gar nicht wiedergeben.

Ich kann mich auf den Standpunkt vollständiger Gleichgültigkeit gegen das über Frankfurt eingebrochene Verhängniß stellen; was geht mich die Stadt, was gehen



mich die einzelnen Bewohner an? Aber ich kann unmöglich gleichgültig bleiben, wenn ich sehe, wie persönliche Malice und Rachsucht einen entscheidenden Einfluß auf Entschließungen der Preußischen Regierung ausüben; wie diesem Einfluß die einzig richtigen Maßregeln weiser Staatskunst weichen müssen; wie man mit Scheingründen das Unrecht zu bemänteln sucht; wie in dem Preußischen Heere sich Generale und Offiziere finden, die sich zu Polizeischergen hergeben, und mit raffinirter Bosheit die einzelnen Persönlichkeiten maltraitiren, — und wie im übrigen Deutschland eine gedankenlose Menge mit unverhohlener Schadenfreude diesem Vorgange zuschaut! Solche Zeichen moralischen Verfalls müssen uns tief traurig stimmen!

3. August.

Durch Herrn B.'s Vermittlung ist mir beiliegende Abschrift eines Protokolls der Handelskammer zugegangen, welche ich als Illustration in perpetuam rei memoriam hier aufbewahre. Sollte ich einst den Beruf fühlen, eine Staatsrechtslehre nach moderner Anschauung zu schreiben, so würde dies Protokoll von unschätzbarem Werthe sein.

Handelskammer der fr. Stadt Frankfurt.

XIII. Sitzung.

Donnerstag den 26. Juli 1866, Abends 6¼ Uhr.

In Anwesenheit von 18 namhaft gemachten Herrn.

§. 96.

Herr Senior Gustav de Neufville zeigte an, daß er heute einen Brief des Preußischen Generalmajors Herrn von Röder, Obercommandanten der Stadt d. d. 26. Juli, erhalten habe, welcher ihn mit einigen seiner Herrn

Kollegen, zum Behufe einer im Interesse des Handels- und Gewerbe-Verkehrs der Stadt dringend nöthigen vertraulichen Besprechung auf heute Nachmittag um 4 Uhr in seine Wohnung eingeladen habe. Zu dieser Conferenz hatte er die Herrn Subsenior Scherbius, Petsch und Adolf Grunelius um ihre Theilnahme ersucht. Die vier Herrn berichteten nun über die von dem Herrn Obercommandanten ihnen gewordenen mündlichen Mittheilungen, wornach derselbe für den Fall, daß die Stadt Frankfurt in der Kontributions-Angelegenheit (wobei von den zweitgeforderten 25 Millionen Gulden die erstbezahlten 6 Millionen abgerechnet werden dürften) kein Entgegenkommen bewähre, er zu folgenden successiven, jedoch von Stadium zu Stadium zugleich cumulirten Zwangsmaßregeln befehligt sei: — erstens, Einstellung eines jeden Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-Verkehrs; — zweitens, hinzutretende Schließung der Wirthschaften und öffentlichen Lokale, — drittens, hinzutretende militärische Cernirung der Stadt und Absperrung gegen jeden Eingang und Ausgang von Menschen und Waaren jeder Art.

Die Handelskammer erörterte die ganze Angelegenheit in eingehendster Weise, und ersuchte dann diejenigen ihrer Mitglieder, welche als Mitglieder der Staatskörperschaften in diesen die Ansichten der Handelskammer zu vertreten im Stande seien, von jenen Mittheilungen und diesen Ansichten den etwa geeignet befundenen Gebrauch zu machen.

5. August.

Die Ueberwachung der hiesigen Presse ist mit größter Strenge ganz systematisch eingerichtet, und es dürfte eigentlich von dem damit beauftragten Assessor Urban



vermuthet werden, daß er dabei mit Urbanität verfahre. Es bleibt aber zu bedauern, daß auf diese Art nichts von hier transpirirt, und daß Alles unterdrückt wird, was den militärischen Machthabern nicht genehm ist; es dürfte den tausendfältigen berechtigten Klagen wohl eine öffentliche Aeußerung zu gönnen sein. Ich merke ja wieder und wieder an mir selbst, daß mir leichter ums Herz wird, wenn ich dann und wann einen Stoßseufzer zu Papier bringe; und in dieser Sache stehe ich auf einem ganz andern Standpunkte wie die Frankfurter. Denn wenn ich mir aufrichtig beichte, ist mir das, was die einzelnen Einwohner gelitten haben, ziemlich gleichgültig; — aber was ich nicht überwinden kann und was mich immer wieder aufs Neue wurmt, ist der Flecken, den die Preußische Regierung und die Offizierskorps der hier belegenen Regimenter sich aufgedrückt haben.

Es ist des Königs Unglück, daß er sich stets „des unheilvollen Mannes an unheilvoller Stelle“ bedient!

7. August.

Das heutige Journal enthält einen langen Artikel über die Versündigungen Frankfurts gegen Preußen; wenn man ihn liest, so begreift man nicht, wie es einem Preußen möglich war in Frankfurt zu leben, denn u. a. heißt es darin: „die Preußischen Familien, welche in den letzten Jahren hier lebten, haben es gar bitter empfinden müssen, wie der Frankfurter Hochmuth sie gesellschaftlich in Vehm und Acht that, so daß sie sich vereinsamt in ihr Hauswesen zurückzogen.“

Während der Jahre, die ich hier zugebracht, habe ich mit vielen Preußischen Familien in näherer Beziehung

gestanden, und mit den Gefühlen aufrichtiger Freundschaft und Anhänglichkeit sind ihre Namen in meiner Erinnerung aufgezeichnet. Sie Alle waren vorzugsweise gern in Frankfurt, — und wenn sie sich über etwas beklagten, so war dieß nur: daß sie die großartige Frankfurter Gastfreundschaft nicht in gleicher Weise erwiedern konnten. Für die Preußischen Offiziere war die Garnison in Frankfurt stets eine der angenehmsten und gesuchtesten.

Alles dieß schließt freilich nicht aus, daß es unter den Preußen eine Persönlichkeit gab, mit der allerdings Niemand gern etwas zu thun hatte, — und dies war der Verfasser des oben genannten Artikels, Herr von W.

8. August.

Von H., der sich während der Unterhandlungen der Friedenspräliminarien im Hauptquartier zu Nikolsburg befand, erhalte ich einige kleine interessante Mittheilungen über dortige Vorfälle:

1) die Ankunft Benedetti's kam ganz unerwartet, da die Telegraphen-Linie noch nicht wieder hergestellt war. Um 7 Uhr Abends angelangt, begab sich der Botschafter sogleich zu Bismarck, der nichts weniger als erfreut über diese Erscheinung war, und hatte mit ihm eine sehr, sehr lebhafte Diskussion bis Nachts um 3 Uhr. Dann waren beide Theile erschöpft; — aber als es sich darum handelte, ein Bett für den ungebetenen Gast zu beschaffen, da blieb nichts übrig, als den geheimen Legationsrath A. aus seinen Federn zu vertreiben, und dies dem Ueberrumpler anzubieten.

2) Benedetti hatte die peremptorische Weisung auf folgende Punkte unter allen Umständen zu bestehen: Wien

darf nicht betreten werden; Sachsen muß in seinem jetzigen Territorial-Bestande erhalten bleiben; die Mainlinie ist streng einzuhalten. Um Nachgiebigkeit in Beziehung auf Sachsens Schicksal zu erreichen, hat der Gesandte bis zu deutlichen Drohungen schreiten müssen.

3) Die Preußischen Vorschläge gingen dann darauf hinaus, Hannover bis auf eine Verbindungsstraße zwischen den preußischen Provinzen intakt zu lassen, dagegen aber die Abtretung von Oesterreichisch-Schlesien zu fordern. Dies ward in Wien für unannehmbar erklärt; die Abtretung jeden Theils der Monarchie ward abgelehnt, dagegen aber Hannover Preis gegeben!

4) Es hat den Preußischen Ministern die größte Mühe gekostet, ihren König von exorbitanten Forderungen zurückzubringen. Er hat absolut Böhmen und Mähren behalten wollen! L'appétit vient en mangeant!

11. August.

Die Welt stutzt über eine angeblich vorhandene französische Note, worin von Preußen die Restauration der Grenzen von 1814 verlangt und die Nothwendigkeit dieser Forderung auf die großen Aenderungen in Deutschlands politischer Organisation basirt wird.

Sollte diese Forderung wirklich gestellt sein, woran ich nicht glauben kann, so dürfte sie dennoch für jetzt wohl schwerlich irgend eine Folge haben. Die Französische Armee ist in diesem Augenblick nicht hinlänglich gerüstet; die Mexikanische Angelegenheit muß zuvörderst definitiv beseitigt sein; die Beschaffung der unumgänglich nothwendigen Hinterladungsgewehre nimmt längere Zeit in Anspruch; die Weltausstellung von 1867 steht in ver-

lockender Aussicht; und — Napoleon ist dermalen kränker als man glaubt und glauben will. Lauter Gründe, die mich für den Zeitraum der nächsten anderthalb Jahre in vollständiger Ruhe lassen. Und für die darauf folgende Zeit kommt es darauf an, ob das Drängen der Armee oder die Kabinets-Politik den Sieg davon trägt. Denn letztere wird wegen der zweifelhaften Erwerbung einiger Länderstriche die Freundschaft Preußens nicht aufs Spiel setzen: ihr ist es wichtiger, sich dessen Neutralität zu versichern für den Augenblick, wo Frankreich, mit dem wiedererstarkten Nord-Amerika verbunden, über England herfällt, um Revanche für St. Helena zu nehmen.

Was diesen letztern Punkt betrifft, finde ich ein nicht genug hervorzuhebendes Wahrzeichen in dem Umstande: daß Napoleon durch seine lebhaften Intercessionen in Nikolsburg den alten Verbündeten Sachsen vor dem Untergange gerettet, dagegen die deutschen Helden von Waterloo: Hannover, Hessen, Nassau-Oranien ihrem Schicksale überlassen und es vorgezogen hat, Preußen zu vergrößern, anstatt jenen alten Gegnern seiner Dynastie auch nur die geringste Theilnahme zuzuwenden. Ex ungue leonem!

12. August.

Auf einem Spaziergange mit Herrn von G. begegnete mir heute Mittag der von Augsburg heimgekehrte Französische Gesandte. Mein Begleiter ließ sich mit ihm in ein Gespräch ein, dessen Gegenstand die Note über die beanspruchte Grenz-Regulirung war. G. fragte halb ironisch: nun, wird uns Frankreich bald den Krieg erklären? Antwort: Bald? das bezweifle ich; aber glauben Sie denn, daß wir uns seit dreihundert Jahren Mühe

gegeben haben das Deutsche Reich zu ruiniren, um es jetzt neu und kräftig wieder auferstehen zu sehen?

13. August.

Herr von W., den man als phantasievollen Zeitungsschreiber und mit Aufdeckung aller langjährigen Versündigungen Frankfurts beschäftigt glaubte, hat sich jetzt noch in anderer Weise wesentliche Verdienste um sein Vaterland erworben. Ein dunkles Gerücht, daß ein geheimer Gang vom Bundespalais nach dem Postgebäude führe, war ihm längst zu Ohren gekommen, und hatte ihm manche schlaflose Nacht bereitet; seine frühere Stellung litt es nicht, daß er sich mit solchen antiquarischen Forschungen beschäftige, und die ganze kaptivirende Liebenswürdigkeit seines Wesens brachte es doch nicht dahin, aus den Bewohnern der betreffenden Gebäude irgend etwas herauszubringen. Jetzt aber, wo seine unverantwortliche Amtsthätigkeit ihn zu allen Schritten autorisirt, mußte er das früher nicht Erreichte an das Tageslicht bringen; vielleicht fände man darin Skelette von Preußischen Familien, die von den Frankfurtern umgebracht worden! Sehr leicht sollte ihm aber dieses nicht gelingen; mancher Schweißtropfen rann von dem erhitzten Angesichte, hundertmal mußte die entsprungene Lorgnette wieder ins Auge gekniffen werden — denn es galt zu kriechen auf allen vieren, — nicht etwa auf parkettirtem Boden, dazu würde die Uebung schon hingereicht haben, — sondern in Kellern, in schnöden, dumpfen, fässerleeren Kellern, mit Spinnen und Kellerwurm in Gemeinschaft! Und doch ward nichts entdeckt! Endlich kam eine Andeutung von mitleidiger Seite, und die niedere Region ward verlassen, höher hinauf ging der Flug, bis auf den Heuboden, — und

hier endlich konnte der edle Kämpe ausrufen: εὕρηκα! Die Verbindung der beiden Häuser durch einen Gang existirt, wirklich, in der That! Aber ein antiquarisches, archäologisches Interesse hat der Gang nicht, — leider nicht im geringsten! er datirt aus neuerer Zeit, aus dem Jahre 1848, wo man das Bundespalais den unwillkommnen und unerbetenen Besuchern edler Volksmänner sehr ausgesetzt erachtete, und deshalb den Bewohnern desselben einen Ausweg nach der Zeil hin verschaffen wollte. Niemals benutzt, fest verriegelt und verstellt war dieser Gang schon zu einer Mythe geworden; jetzt mag die Wiederauffindung einen neuen Lorbeerkranz um das rothhaarige Haupt unseres Freundes schlingen!

14. August.

Der überseeische Telegraph ist glücklich gelegt! Das ist in meinen Augen ein Ruhm, größer als er auf dem Schlachtfelde erworben werden kann! Das ist ein Sieg, der ohne die Hinschlachtung von Tausenden, ohne die Thränen von unzähligen Wittwen und Waisen davon getragen ist! Aber sprecht das in diesen Tagen einmal einem Preußischen General gegenüber aus! Oder gar einem Preußischen Prinzen!

16. August.

Ueberraschend ist die Thatsache nicht, aber registrirt mag sie immerhin werden, daß kein einziger Deutscher Fürst bei der jetzigen Revolution ein richtiges Gefühl der früher stets in Anspruch genommenen Würde zeigt. Der lange Frieden, der sie alle hat heranwachsen sehen, hatte in Jedem die Idee der Souveränetät und der Unverletzlichkeit bis zu einer Höhe gesteigert, daß von dieser aus die menschlichen Rechte und Zustände nur noch

in Diminutivform erschienen, während ihr gegenseitiger Standpunkt untereinander als ein ziemlich gleichmäßiger sich darstellte. Da geschah das Unglaubliche, Unerhörte: die Bundesakte wurde zerrissen und jeder serenissimus regens ward in besonderer Wagschale gemessen. Die Resultate liegen vor: Jeder ist zu leicht befunden worden, und in Folge davon verschwinden die Einen von der Schaubühne, während die Andern zu Statisten werden. Da zeigt sich nun, daß Keinem dieser Letzteren diese Degradation von der seitherigen Stellung mit der bisher behaupteten Würde unvereinbarlich erscheint. Jeder macht bonne mine à mauvais jeu, meldet sich wohl gar in Berlin um dem Sieger die Hand zu küssen, — während eine männlich konsequente Haltung ihn unzweifelhaft dahin hätte führen müssen; zu Gunsten seines Nachfolgers zu abdiciren, und diesem es zu überlassen, ob er sich in einer Stellung zurechtfinden kann welche von der bis jetzt eingenommenen so wesentlich verschieden ist. Aber nicht nur fällt dieses Keinem ein — wir sehen sogar, daß Einzelne dieser hohen Herrn ihre Eigenschaft als souveräner Deutscher Fürst geringer schätzen denn ihre Stellung als königlich Preußischer General. Welche Erscheinung, den Großherzog von M. S. hinausziehen zu sehen in den Kampf gegen Bayern und Württemberg, um ein Reservekorps zu kommandiren!! Mußte er sich der politischen Nothwendigkeit fügen, seine Truppen zur Unterstützung Preußischer Zwecke herzugeben, so durfte er nun und nimmermehr sich so weit vergessen, eine aktive Dienerrolle in dieser leider unvermeidlich gewordenen, aber doch immer hochtragischen Katastrophe zu übernehmen. In seinem Lande soll das Gefühl der Scham über diese unfürstliche

Haltung zu einer bedeutungsvollen Demonstration geführt haben: die Zeitungen meldeten uns von einer Zuschrift des Landtags, welche die Rückkehr des Landesfürsten verlange. Spätere Angaben widerrufen diese Nachricht. Was wahr daran ist, wird die Zeit lehren. So viel ist gewiß, daß der Herr Großherzog im eigenen Lande würdigere Feldzüge gegen eingewurzelte Uebelstände und verfaulte Institutionen führen könnte!

17. August.

In einem Briefe des X'schen Gesandten in Paris finde ich die Nachricht von einem Gespräche mit Drouin de Lhuys. Die markanteste Stelle ist, daß nach einer Hinweisung des Gesandten auf die wünschenswerthe und anzustrebende Vereinigung der Süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde unter Preußischer Führung, der Minister ausrief: Ah, cela ne se fera jamais; sela serait contre les engagements le plus formels! Von wem die engagements eingegangen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Und da trotz derselben der Gang der Ereignisse binnen wenigen Jahren dennoch zu einer solchen Vereinigung drängen wird, so muß dieselbe eben wieder erst erkämpft werden. Freund Bismarck's Parole: „Blut und Eisen" wird noch Jahre lang in Geltung bleiben. Ein sonderbarer Zweck der menschlichen Existenz!

18. August.

Die Botschaft über die Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts ist den Kammern in Berlin vorgelegt worden. Somit wäre also der erste praktische Schritt des neuesten Preußischen Staatsrechtes

geschehen. Der Landtag wird seinen patriotischen Beruf empfinden und mit Jubel Allem zustimmen. Und dieser Jubel wird von vielen andern guten Deutschen getheilt werden, die nun ihr Parlament, und damit das erreichte Ziel ihrer heißen Wünsche vor sich sehen. Il n'y a rien de plus bête qu'un homme d'esprit!

In meiner Abgeschiedenheit bleibe ich bei meiner Behauptung, daß diese Annexionen ein Fehler sind. Entweder keine Scholle, — oder ganz Norddeutschland. Alles Uebrige ist nicht Staats-Raison. Die Zeit wird's lehren.

Die Zeit wird auch lehren, ob die Annexionen so glatt von Statten gehen, wie man dies in Berlin zu glauben scheint. Werden die Staatsgrundgesetze der incorporirten Länder durch einen Federstrich vernichtet? Werden die Justizbehörden sich so geschmeidig zeigen? Vom Oberappellationsgericht in Celle bezweifle ich dies. Und wie wird es mit den Finanzen?

19. August.

Die Botschaft belehrt uns, daß die Regierungen von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Kriege Oesterreichs gegen Preußen thätig Antheil genommen und die Entscheidung des Krieges über sich und ihre Länder angerufen haben.

Jeden Tag lernt man etwas Neues. Ich habe doch auch meine Augen offen gehalten, und freilich gesehen, daß Nassau dieses unkluge Verfahren eingeschlagen. Aber hinsichtlich der drei andern Regierungen ist mir die Nachricht wirklich überraschend neu. Hannover hat sich gegen den vorbereiteten Ueberfall des noch gestern verbündeten Nachbarn unvorbereitet gewehrt; Kurhessen

hat keine einzige feindliche Handlung verübt; und das gute Frankfurt! du lieber Gott!

Werden die Geschichtschreiber der Zukunft solche Schriftstücke ohne Kritik als beweisende Documente passiren lassen? Nach Carlysle's Geschichte Friedrichs II. sollte man es fast vermuthen.

Aber auffallend wird doch immer die Thatsache bleiben: daß alle die Länder, welche in offenem Kampfe gegen Preußen gestanden haben, unversehrt davon gekommen sind, während nur die wehrlos überfallenen Nachbarn für den an ihnen begangenen Vertragsbruch büßen müssen!

Und wenn man in die Herzen der Menschen hineinsehen könnte! Wie mag es da beschaffen sein in dem Herzen eines Königs von Gottes Gnaden, der seine Krone vom Altare Gottes genommen, und der jetzt, um einer künstlich erfundenen Verschwörung gegen seine Regierung zuvorzukommen, andern Regenten die Krone vom Haupte reißt, die nicht weniger als Er von Gottes Gnaden sind!

Wie oft ist in diesen Tagen gegen das erste Gebot gesündigt worden!

20. August.

Die Motive der Annexions-Botschaft sind wieder mit derselben Dialektik abgefaßt, die sich in allen offiziellen Aeußerungen des jetzigen Regiments bemerken läßt. Die Sicherheit Preußens verlangt die Occupation jener, es im Rücken und in den Seiten bedrohenden Länder! Als ob diese je daran denken könnten, einen Bundesvertrag mit derselben Frivolität zu zerreißen, mit der Preußen die Bundesakte zerrissen! Dazwischen spielt die Phrase

von der Erreichung befriedigender Zustände der Deutschen Nation, — als ob diese nicht gerade in demselben Augenblicke in Preußen aufginge!

Die Erklärung, welche Bismarck in der Sitzung vom 17. der Adreßcommission gegeben, mag den neuen Verbündeten Preußens zeigen, was sie zu erwarten haben. Er spricht darin von seinen drei Methoden: Annexion, Theilung der Hoheitsrechte, Zerreißung des bisher bestandenen Gemeinwesens. In ausführlicher Weise wird das Bedenkliche der 2. Methode hervorgehoben, dabei aber nur Sachsen genannt. In gleicher Lage aber befinden sich alle Verbündete. Werden diese es für eine Ehre ansehen, Preußen zweiter Klasse zu sein?

Alles bringt mich stets wieder auf meinen Satz zurück: entweder Alles oder gar nichts; halbe Maßregeln sind immer ein Fehler.

Die Staaten, deren Bewohner das Glück haben, Preußen zweiter Klasse zu sein oder zu werden, sind freilich so unbedeutend, daß es nur weniger Jahre bedürfen wird, um auch sie auf dem Standpunkt angelangt zu sehen, wo man sie als reif zur Annexion erklären kann. Gehörte ich zu jenen Bewohnern, so würde ich allerdings lebhaft wünschen, daß der jetzt geschaffene Zustand möglichst bald aufhöre; derselbe stimmt eben so wenig zu der neuen politischen Gestaltung Norddeutschlands, wie zu den neuen politischen Rechtsmaximen. Aus einem solchen Zwitterzustande kann unmögiich etwas Gescheutes herauskommen.

Vor einigen Tagen äußerte ein Herr aus Koburg gegen einen Frankfurter, der über das Schicksal seiner Vaterstadt klagte: Ihr seid viel besser dran als wir: ihr

seid doch gleich verschluckt, — wir aber werden erst noch einige Jahre gekaut und dann erst verspeiset!

Das hat viel Wahres!

21. August.

Die Preußische Presse arbeitet dermalen in seltener Einmüthigkeit für die Vergrößerung der Preußischen Hausmacht. Soweit mir die Journale zu Gesichte kommen, finde ich darin Korrespondenzen aus sämmtlichen annectirten Ländern, worin gemeldet wird, daß das Volk mit Sehnsucht der Incorporirung entgegensieht, um der bisherigen Unterdrückung und Erpressung ledig zu werden, — daß nur das Beamtenthum sich widerwillig bezeige, da dasselbe fühle, daß seine Willkür und Ungebundenheit nun ein Ende haben werde u. s. w. u. s. w.

Ich gestehe, nicht zu begreifen, warum man zu solchen Hülfsmitteln seine Zuflucht nimmt. Nothwendig wird dadurch eine nähere Untersuchung hervorgerufen, ob denn in Preußen paradiesische Zustände walten. Und wenn man dann an so manches Landraths-Regiment denkt und was in frühern Zeiten dieselben Journale davon zu erzählen wußten, so wird man stutzig. Man braucht gar nicht einmal daran zu erinnern, daß doch Manches faul sein muß in einem Staate, in welchem Vorgänge passiren konnten, wie der Magdeburger Hausdiener-Todtschlag, die Bonner Eulenburgs-Affaire und die Glogauer Ofenklapp-Geschichte, ohne daß von dem Rechtsgefühl der Preußischen Nation jenes Datums die geringste Notiz genommen wurde.

Ob man die jetzigen Herrn Abgeordneten wohl an diese Antecedentien erinnern dürfte?

23. August.

Die neue Preußische Theorie von dem Rechte, welches die Rücksicht auf die eigene Sicherstellung gegenüber von benachbarten Ländern verleiht, — eine Theorie, die gegen Hannover und Kurhessen praktisch ausgeführt, durch die Thronrede und die Annexions-Botschaft systematisch begründet, von dem Abgeordnetenhause mit Jubel aufgenommen worden ist, — diese Theorie dürfte doch den Nachbarn des heranwachsenden Staates recht bedenklich werden. Wer garantirt, daß nicht nach Jahren das jetzt zugeschnittene Kleid dem jugendlichen Riesen wiederum zu enge däucht, um sich mit Erfolg gegen Frankreich und Rußland vertheidigen zu können. Da liegt es denn fast auf der Hand, daß man einen so zweideutigen Nachbarn, wie Holland ist, nicht im Rücken und auf der Flanke dulden kann. Also rasch ein Antrag auf Bündniß, Garantie des Besitzstandes, Abgabe der Militärhoheit, 10 Stunden Bedenkzeit, oder — wer nicht mit uns ist ist gegen uns!

Dergleichen Gedanken erscheinen heute vielleicht als sehr müssig; mit der Zeit wird dies anders. Solcher Art sind die Früchte, die gezeitigt werden durch die totale Nichtachtung und principmäßig beobachtete Unterdrückung jeden Rechtsgefühls.

24. August.

Durch den Entschluß, Hannover u. s. w. zu annectiren, muß, wie ich glaube, auch die Frage des Deutschen Parlaments wesentlich influirt werden. Obgleich der desfallsige Vorschlag auf ganz Süddeutschland mitberechnet war, so hätte er dennoch auch für den Norddeutschen Bund ganz füglich sich realisiren lassen. Preußen hätte zwar immer

eine bedeutende Majorität gehabt, — das ist nichts Anderes als was ihm gebührt; aber der Rest von 10 Millionen Deutschen anderer Stämme würde doch einen Einfluß geltend gemacht haben, der als treffliche Abwehr gegen das Stockpreußenthum und den Berlinismus gedient hätte. Aber in demselben Augenblicke wo diese Minorität um 4 Millionen geschwächt, und die Majorität von 19 Millionen um 4 Millionen verstärkt wird, hört jenes intellektuelle Gegengewicht auf. Zugleich aber verschwindet auch jedes Bedürfniß eines Parlaments. Denn wir verlangten nach ihm, als nach dem nothwendigen Regulator der in der Bundesversammlung allein vertretenen Fürstengewalt. Der Bund ist zerrissen, — der in ihm sich aussprechende Wille ist verstummt. Die wenigen, übriggebliebenen Fürsten haben ein Schein-Bündniß mit Preußen abgeschlossen, welches sie in die vollkommenste Abhängigkeit von dieser Macht setzt; die Minister der einzelnen Länder werden nach der von Berlin ausgehenden Direktive handeln müssen; ihnen gegenüber genügt in den Verwaltungssachen der heimische Landtag. Auf die gemeinschaftlichen Unions-Angelegenheiten wird der Preußische Landtag sehr bald einen Einfluß gewinnen, wenn auch vielleicht nur negativer Natur; aber so viel scheint mir ganz klar, daß dieser große politische Körper sich nie in ein untergeordnetes Verhältniß zum Parlament wird bringen lassen. So wenig wie die Preußische Regierung vom frühern Bundestag, so wenig werden die Preußischen Abgeordneten sich vom Parlamente majorisiren lassen. Das Parlament wird also zu einer vollkommenen Komödie, zu einem Strohmann, — und ich glaube, daß man dies in Berlin um so bereitwilliger

einsehen und anerkennen wird, als ein ernstliches Interesse für diese Angelegenheit nie vorhanden war. Und somit halte ich mich zu dem Prognostikon berechtigt: dieses Parlament wird nie existiren.

25. August.

Welcher Art die leitenden Regierungs-Principien sein werden, unter denen der norddeutsche Bund durch Einheit zur Freiheit hinanschreiten wird, das lernen wir deutlich, wie mich dünkt, aus der Behandlung Dresdens. Irgend einem Preußischen General ist es eingefallen, die lokalen Dispositionen Dresdens seien vortrefflich geeignet, um als Festung an der Oesterreichischen Grenze verwerthet zu werden, — und siehe, nichts auf der Welt vermag das Schicksal der reizend gelegenen Stadt zu ändern! Keine Erwägung staatsmännischer Weisheit, deren es eine ganze Reihe in diesem Falle giebt, vermag gegen die einseitige militärische Anschauung etwas auszurichten. In demselben Augenblicke, wo man einen Feldzug beendet hat, dessen Siege durch keine einzige der verschiedenen Festungen aufgehalten wurden, — wo man ernstlich daran denkt, das zum Schutz gegen Frankreich erbaute Luxemburg an dasselbe Frankreich abzutreten, — wo man verschiedene andere Festungen schleift, — in demselben Augenblicke gebietet man der naturgemäßen Ausdehnung und blühenden Entfaltung einer der schönsten Städte Deutschlands ein starres Halt! Wenn irgend etwas, so lehrt uns dies, wie es mit den höhern politischen Rücksichten und mit der Humanität in Berlin beschaffen ist. Während man Alles aufbieten sollte, um die in Sachsen vorhandene, unglückselige Antipathie gegen das Preußische Regiment durch weises Entgegenkommen und schonende Milde zu

besiegen, reizt man durch diese und ähnliche schroffe Einseitigkeiten aufs Höchste und bringt über die unschuldigen Bewohner Dresdens ein Unglück, das sie stets von Neuem gegen das Preußenthum aufbringen wird und muß!

27. August.

Die Behandlung der Annexion von Seiten der Regierung wie der desfallsigen Commission des Abgeordnetenhauses halte ich für eine völlig unrichtige und völlig ungerechtfertigte. Man mag Recht haben, wenn man behauptet, die Eroberung, die den Regenten vertreibt, vernichtet auch die Verfassung. Ich will darüber nicht streiten, ohne zu untersuchen, ob in Hannover und Kassel wirklich eine Eroberung vorliegt, und nicht vielmehr ein vollständiger Ueberfall. So wie aber in Hannover, in Kurhessen, in Nassau die Verfassung nicht mehr gilt, tritt der Moment ein, wo diese Länder Theile der Preußischen Monarchie werden, — denn herrenlos können sie doch nicht sein. Man muß also aus höchster Machtvollkommenheit so bald als möglich den Tag bestimmen, von welchem an dieses neue Verhältniß als rechtlich bestehend gerechnet werden soll. Das geschieht durch das Besitzergreifungs-Patent. In demselben Augenblicke aber ist ein Theil des Preußischen Volkes in der Volksvertretung nicht repräsentirt, befindet sich demnach in einer nachtheiligen Stellung gegenüber dem andern Theil. Die Vertreter dieses letztern, die nicht blos die Interessen ihres Wahlbezirks, sondern die des ganzen Landes ins Auge fassen sollen, müssen darauf dringen, daß ein solcher anomaler Zustand nicht daure; sie haben demnach mit der Regierung gemeinschaftlich dafür zu sorgen, daß dem

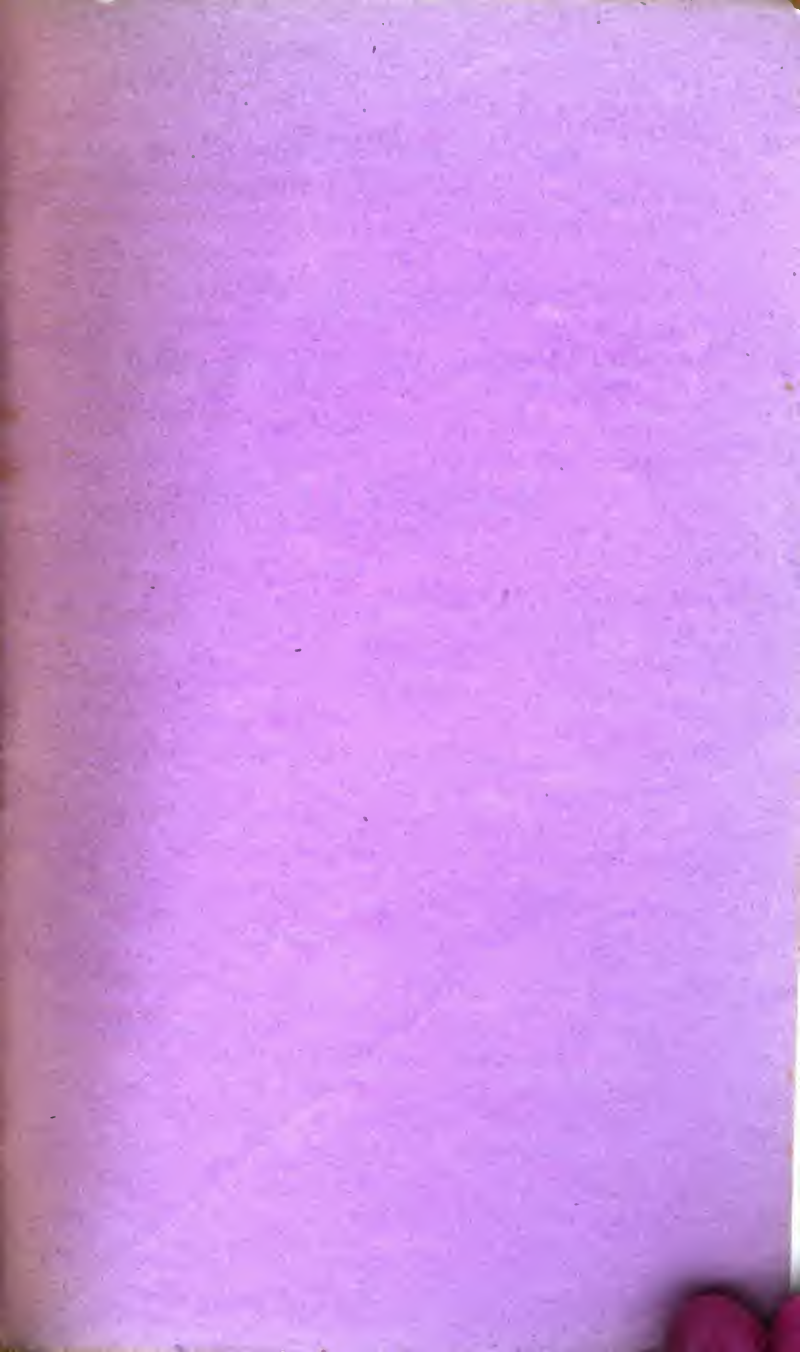
dringendsten Bedürfniß abgeholfen werde, d. h. daß das Preußische Wahlgesetz in den annectirten Ländern Gesetzeskraft erhalte. Diese Octroyirung ist die einzige, durch die Zustände gerechtfertigte. Die Wahlen sind dort dann möglichst zu beschleunigen, und dem solchergestalt completirten Landtage ist dann weitere Vorlage zu machen von allen den Gesetzen, die in den neuerworbenen Landestheilen erforderlich sind, um die nothwendige innige Verschmelzung herbeizuführen.

Das ist der Weg Rechtens.

Wir aber leben in einer Zeit, in welcher der Grundsatz: „Gewalt geht vor Recht" durch den Erfolg der Waffen eine allgemeine Sanktion erhalten hat. Nur wenige Personen haben sich von dem Siegestaumel nicht anstecken lassen.

Es ist eine neue Bethätigung der Wahrheit dieser Behauptung, daß die Annexions-Commission einstimmig das Verlangen des Ministeriums sanktionirt; die annektirten Landestheile sollen noch über ein Jahr lang (bis 1. November 1867) rechtlos bleiben, und unter eine Diktatur gestellt werden! Und was eine Preußische Diktatur sagen will, das haben wir hier in Frankfurt zur Genüge kennen gelernt, und erfahren es noch alle Tage!

Ich suche umsonst nach allen Seiten; den Rechtstitel, die Vollmacht, auf welche die Preußischen Abgeordneten sich stützen, um nach Wohlgefallen über ihre neuen Mitbürger zu verfügen, finde ich nirgends.



Buchdruckerei von Georg Otto in Darmstadt.

